Hans Otto Rößer

Die „von uns proklamierte Sicht“ – oder: Vom Weißwaschen deutscher „Machteliten“ und vom Anschwärzen ihrer Kritiker

Ideologische Staatsapparate und Daimler AG besichtigen „Diktatur und Demokratie im Zeitalter der Extreme“

1. Zur Ausstellung

2014 ist das Supergedenkjahr. Peter Dausend zählt unter der eleganten Zwillingsformel „Krieg & Kurt“ 25 Gedenkmöglichkeiten auf, 23 halbwegs oder ganz seriöse (Kurt Cobain 20 Jahre tot) und zwei eher karnevalistische (darunter: FDP seit vier Monaten tot – eine doch etwas voreilige Diagnose, die die Effizienz heutiger Wiederbelebungsmöglichkeiten unterschätzt) (Die Zeit Nr. 5, 23.01.2014). Man komme, befürchtet er, vor lauter Gedenktagen gar nicht mehr zum Denken. Das kann einem aber auch passieren, wenn man es bei drei Gedenkdaten aus dem 20. Jahrhundert belässt und noch ein weiteres Datum aus dem 21. Jahrhundert hinzunimmt. Damit hat man die Brückenköpfe beisammen, über die drei deutsche „ideologische Staatsapparate“ (Louis Althusser), das Münchner Institut für Zeitgeschichte, Deutschlandradio Kultur und die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die von der Daimler-AG gesponserte sinnstiftende Erzählung einer „dramatischen Geschichte“ wölben: 100 Jahre „Ausbruch“ des Ersten Weltkriegs, 75 Jahre Entfesselung des Zweiten Weltkriegs durch Deutschland, 25 Jahre Mauerfall und Ende der realsozialistischen Regime in Osteuropa und 10 Jahre Osterweiterung der EU.

Der Ausstellungstitel vergreift sich am Titel des berühmten Buches von Eric Hobsbawm, um an seinem Renommee zu partizipieren, stellt dabei aber die Intentionen des Marxisten Hobsbawm, der 1933 vor den Nazis nach England flüchten musste, auf den Kopf. Während Hobsbawm das „kurze 20. Jahrhundert“ (ein weiterer von ihm geprägter Begriff, der in die politisch-historische Alltagssprache Eingang gefunden hat) in eine Art „Triptychon“ gliedert: Katastrophenzeitalter von 1914 bis zu den Nachwirkungen des zweiten Weltkrieges; fünfundzwanzig bis dreißig Jahre eines außergewöhnlichen Wirtschaftswachstums und einer sozialen Transformation; im letzten Teil des Jahrhunderts schließlich eine neue Ära des Verfalls, der Unsicherheit und Krise (Hobsbawm 1998, S. 20), unterscheiden sich die Aussteller davon nicht nur durch die Konstruktion eines „langen“, nämlich bis 2004 reichenden „Jahrhunderts“. Vor allem steht der Titelklau für eine semantische Verschiebung: Aus Hobsbawms Jahrhundert der Extreme wird über weite Strecken ein Jahrhundert der Extremismen und Extremisten – in Wiederbelebung der „Totalitarismustheorie“ der 50er Jahre mit ihrer kruden Gleichsetzung von links und rechts. Hobsbawms „Triptychon“ wird ein geschichtspolitischer Dreikampf entgegengesetzt: Erst wird geschossen, dann geraten die guten Bürger zwischen der Scylla des Rechtsextremismus (schlimm) und der Charybdis des Linksextremismus (schlimmer) ins Schwimmen, um schließlich als Sieger der Geschichte ins gelobte Land einer Ost-erweiterten EU einzulaufen. Ziel und Ende der Geschichte.

Die Ausstellung besteht aus einem Titelplakat und 25 Text-Bildplakaten. Diese haben im oberen Drittel der Fläche eine Leit-Erzählung und – in der Regel – im unteren Teil Fotos mit Unterschriften, die die Leit-Erzählungen fortsetzen. Audio-Kommentare lassen sich über QR-Codes abrufen. Die Ausstellung liegt in einer Auflage von 3000 Exemplaren vor, von denen Mitte Januar bereits 1900 versandt worden seien, und soll mehr oder weniger gleichzeitig im ganzen Land, aber auch im Ausland gezeigt werden, übersetzt in zehn Sprachen. Abnehmer im Ausland sind Botschaften, Konsulate, deutsche Kultureinrichtungen und deutsche Auslandsschulen, alles unter deutscher Aufsicht, damit nichts schiefgehen kann. Sie soll „politische Breitenbildung“ betreiben, so ein Werbebeitrag von Winfried Sträter im Deutschlandradio Kultur vom 15.01.2014.

Die Ausstellung erhebt den Anspruch, eine sinnstiftende „europäische Perspektive“ einzunehmen, bleibt aber von Anfang bis Ende ein Stück deutsch-hegemonialer „Erinnerungskultur“, die „von uns proklamierte Sicht auf das Zeitalter der Extreme“. Die ist, das wird man verstehen, nicht jedermanns Sache. „In Brüssel“, so etwas kryptisch die Geschäftsführerin der Bundesstiftung Aufarbeitung in ihrer Rede zur Ausstellungseröffnung, „waren wir mit unserer Initiative [das Jahr 2014 zum „Jahr der europäischen Zeitgeschichte“ zu erklären] durchaus auf Wohlwollen gestoßen. Doch mit Bedauern teilte man uns dort mit, dass ‚Science and Nature‘ als Schwerpunkte des Jahres 2014 gesetzt seien.“ Von diplomatischer Höflichkeit jedoch lassen sich deutsche Ideologen, die sich etwas in den Kopf gesetzt haben, „nicht beirren“. Es wird nicht gekleckert, wenn mentale Druckbetankung angesagt ist. Mit hohen Wallungswerten schwärmt die Geschäftsführerin von Auslieferungslogistik und Großabnehmern, mit deren Hilfe man nachhaltig und welt-, zumindest europaweit die „Überzeugung“ verbreiten will, „dass die gemeinsame Geschichte des 20. Jahrhunderts von uns geradezu verlangt, die aktuellen Herausforderungen Europas auch gemeinsam zu lösen.“ Diese „Gemeinsamkeiten“ haben es in sich, und zwar so viel, dass man die Buchstaben für das große Wort gar nicht weit genug auseinander setzen kann, um die vielen Unterschiede, die es umfasst, darin unterzubringen. Zur richtigen Begeisterung gehört natürlich auch der Moment der Ernüchterung: In 400 Städten und Gemeinden werde die Ausstellung „in jedem Fall zu sehen sein“ und 100 Exemplare liegen noch auf der Palette. (Alle Zitate in diesem Absatz sind der Eröffnungsrede entnommen, die der Internetauftritt der Bundesstiftung dokumentiert: http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/uploads/2014-ausstellung/2014-01-15_statement-kaminsky.pdf)

Im Folgenden kommentiere ich im Wesentlichen drei Plakate, das zum Ersten Weltkrieg, das zum Untergang der Weimarer Republik und das zur EU, gehe aber gelegentlich und sporadisch auch auf andere Plakate ein. An diesen Plakaten werden ebenfalls die Darstellungsmethoden der Ausstellung exemplarisch herausgearbeitet.

2. Erster Weltkrieg: „Die ‚Urkatastrophe‘ des 20. Jahrhunderts“ (Plakat 2)

„Das Attentat [in Sarajevo] löste eine diplomatische Eskalation und militärische Eigendynamik aus. Deutschland, das zur Weltmacht aufsteigen wollte, trug dafür eine hohe und mitentscheidende Verantwortung. […] Deutschland strebte nach der Vorherrschaft in Kontinentaleuropa und plante vor allem im Osten umfangreiche Annexionen. Aber auch die anderen europäischen Großmächte verbanden mit dem Krieg imperiale Machtinteressen.“ (P 2)

- Deutschlands „hohe und mitentscheidende Verantwortung“: Diese Formulierung steht in einem kontroversen diskursiven und geschichtspolitischen Kontext, ohne dass dieser angedeutet würde. Vielmehr wird – übrigens bei völliger Missachtung politik- und geschichtsdidaktischer bzw. ausstellungsdidaktischer Erkenntnisse und Prinzipien – im Stil eines schlechten Lehrbuches so getan, als handle es sich um eine allgemein akzeptierte Position der Geschichtswissenschaft. Davon kann keine Rede sein, selbst wenn „bezahlte Klopffechter“ wie Münkler, gestützt auf nationalistische Leitmedien wie *Die Welt* (soweit man die dazu zählen mag), *Spiegel*, *Süddeutsche* und *FAZ* und auf von den deutschen „Eliten“ in allen Fragen der Weißwäscherei geschätzte „ausländische Putzhilfen“ (Sokolowsky 2014, S. 43), im Moment alles daran setzen, den kalten Kaffee vom Hineinschlittern (oder Schlafwandeln[1]) in den Krieg aufzuwärmen. Die These von der „hohen Verantwortung“ steht *gegen* die gut begründete These von der Hauptschuld bzw. Hauptverantwortung der deutschen „Eliten“ an der Entfesselung auch des Ersten Weltkrieges. Eine „hohe“ Verantwortung ist teilbar, sie ist eben nur „mitentscheidend“. Wenn alle als gleich schuldig gelten, gelten sie genauso gut als gleich unschuldig am Krieg. Eine „Hauptschuld“ ist nicht teilbar. Es gibt zwar

auch noch weitere Schuldige, aber einer bzw. eine Gruppe spielt eine herausragende Rolle. Der Begriff impliziert eine Hierarchie der Verantwortung oder Schuld.[2]

Die besondere Verantwortung der deutschen „Eliten" an der Entfesselung des Ersten Weltkriegs resultiert aus ihrer Wahrnehmung einer doppelten Problemlage: Für eine „zu spät gekommene Nation", die eine bereits unter die imperialistischen Mächte aufgeteilte Erde vorfindet, lassen sich erstens Ambitionen, einen Platz an der Sonne zu erlangen, „Weltpolitik" zu machen und Weltmacht zu werden, nur realisieren, wenn man die früher „Gekommenen" von Machtpositionen, die sie inne haben, verdrängt[3]. Wenn diese nicht freiwillig gehen, gibt es Krieg.

Deutschland ist zwar seit der Reichsgründung zu einer führenden Industriemacht geworden und hat nicht nur ökonomisch, sondern auch auf dem Gebiet der Rüstung durch überproportionale Aufrüstung an Boden gewonnen und gegen die konkurrierenden Mächte aufgeholt, aber die Entente als potentieller und tatsächlicher Kriegsgegner ist und bleibt Deutschland bzw. den Mittelmächten in allen für eine Kriegsführung relevanten Kennziffern überlegen. Dieser Widerspruch zwischen den Weltmachtambitionen und der realistischen Einsicht in die strategische Unterlegenheit Deutschlands wird nun – zweitens – von der Militärführung durch den Schlieffen-Plan ‚gelöst', das heißt durch die Illusion, man könne strategische Unterlegenheit durch taktische Geschicklichkeit (Schnelligkeit, Überraschung, Blitzkrieg) kompensieren.

Diese Konstellation, nicht nur die von Fischer wieder ins Bewusstsein gehobenen Befunde der Diplomatiegeschichte belegen die These von der deutschen Hauptschuld oder Hauptverantwortung.[4] Die neuesten Revisionisten, deren Thesen die Tiefenstruktur des Ausstellungstextes von Plakat 2 bilden, haben kein einziges Argument, keinen einzigen Quellenfund, der Fischers These im Grund erschüttert. Zunächst bauen seine Gegner einen Popanz auf. In seinem Interview mit der SZ redet Münkler mehrfach von Fischers angeblicher „Alleinschuld"-These (SZ, 4.01.2014). In seinem Interview mit der FAZ vom 24.01.2014 redet er von „Fischers These von der deutschen Allein- oder Hauptschuld", als sei das eins. Wenn er vollmundig meint, Fischers Methodik würde heute in keinem Proseminar mehr akzeptiert, könnte man natürlich die Rückfrage stellen: Wird es akzeptiert, dem wissenschaftlichen Kontrahenten eine falsche These zu unterstellen? Wird es honoriert, wenn man Begriffe nicht unterscheiden kann? Die weiteren Methoden der Revisionisten bestehen darin, ihre Thesen nicht mit Quellenfunden zu belegen, und Quellen, die die Position der Kontrahenten stützen, zu ignorieren oder zu manipulieren (wichtige Aussagenteile weglassen). Volker Ullrich hat dies am Buch von Christopher Clark mehrfach nachgewiesen (Die Zeit Nr. 38, 17. September 2013; Die Zeit Nr. 4, 14. Januar 2014). Hinzu kommen Inkonsistenzen der Schreibstrategie.[5]

Wir verdanken es auch der freilich nicht immer aufrechterhaltenen „erfrischenden Deutlichkeit" Münklers (Ullrich 2014, S. 17), wenn wir die Auseinandersetzung mit dem von der Ausstellung geteilten Geschichtsrevisionismus nicht vertiefen müssen: Denn es geht nach ihm in dieser Debatte nicht um wissenschaftliche Erkenntnisse, sondern um „Geschichtspolitik", um Propaganda. Fischer wird nicht widerlegt; er ist unerwünscht, weil nicht sein kann, was aus ideologiepolitischen Gründen nicht sein darf. Fischers These, sagt Münkler, mag „ihre geschichtspolitische Berechtigung gehabt haben". Das sei aber jetzt vorbei. Sie sei heute „auch geschichtspolitisch falsch […], weil sie von dem eigentlichen Lernergebnis ablenkt" (FAZ-Interview). Dieses „Lernergebnis" (oder sollte man bescheidener von „Lernziel" reden?) soll in einer etwas esoterischen Formulierung darin bestehen: „Die

wilhelminische Gesellschaft ist in ihrer politischen Naivität in mancher Hinsicht vergleichbar mit bestimmten Gruppierungen der heutigen bundesdeutschen Gesellschaft, die nicht bereit sind, sich den Paradoxien der Politik zu stellen.“ Also: Wilhelm Zwo war zu lasch. So weit verstehen wir das. Was aber sind die „Paradoxien der Politik“ und was heißt es, sich ihnen zu stellen? Das könnten wir jetzt mit einigem Aufwand aus dem FAZ-Interview „herausarbeiten“, einfacher aber ist es, zum SZ-Interview zurückzublättern. Dort erfrischt uns Herr Münkler mit folgender „Deutlichkeit“: „Es lässt sich kaum eine verantwortliche Politik in Europa betreiben, wenn man die Vorstellung hat: Wir sind an allem schuld gewesen. Bezogen auf 1914 ist das eine Legende. […] Wir neigen außenpolitisch zu dem Gedanken: Weil wir historisch schuldig sind, müssen, ja dürfen wir außenpolitisch nirgendwo mitmachen; also kaufen wir uns lieber frei, wenn es darum geht, Europa an den Krisenrändern zu stabilisieren. Ein Beispiel? Das außenpolitische Desaster Guido Westerwelles beim Eingreifen der Nato gegen den libyschen Diktator Gaddafi im Jahre 2011.“ (SZ-Interview)[6] Bevor wir uns zu schnell darüber freuen, einen deutschen Beamten mit minimalem Aufwand bei der Simulation des abenteuerlichen Lebens, vulgo der Kriegstreiberei erwischt zu haben, gestatten wir uns einen nüchternen Gedanken über die Naivität dieses Meinungsverkäufers: Wenn wir, sagt er denen, die ihn bezahlen, zugeben, an den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts die Haupt- bzw. Alleinschuldigen gewesen zu sein, können wir keine „verantwortliche Politik in Europa betreiben“, also friedenserhaltende Kriege (meist) außerhalb von Europa führen. Es bleibt der volksgemeinschaftsunzuträgliche Riss zwischen bellizistischer „Elite“ und pazifistischer oder einfach nur konsumgesättigter, träger und „breiter“ Masse (Heute kommt Bundesliga, Krieg passt da gerade gar nicht). Das kann sich ändern, wenn wir nur die Schuld am Zweiten Weltkrieg zugeben, die wir beim besten Willen nicht leugnen können. Das ist ein netter Versuch des Personals, sich bei den Herren wichtig zu machen, aber sind ‚die da oben‘ wirklich so naiv und so spendabel, ihm abzukaufen, man müsse nur Hauptverantwortung für und Hauptschuld an der Entfesselung des Ersten Weltkriegs leugnen und schon erhöhe sich die Zustimmung der Bevölkerung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr?

- „Militärische Eigendynamik“: Es war der deutsche Blankoscheck an Österreich-Ungarn, der für die „entscheidende Eskalation“ (Ullrich, 2014) sorgte, während Russland Serbien in keiner Weise zur Unnachgiebigkeit gegen Österreich ermutigte, sondern auf eine weitgehende Erfüllung der Wiener Forderungen vom 23. Juli 1914 drängte. „[K]eine Großmacht hat während der Julikrise so konsequent auf eine Eskalation gesetzt wie Deutschland. […] Konkrete Absichten, einen Angriffskrieg gegen Deutschland zu führen, lagen im Sommer 1914 bei keiner Großmacht vor.“ (Winkler 2000, S. 332 f.) Und noch einmal Ullrich: „Bislang sind keine Quellen bekannt geworden – und auch Clark führt sie nicht an –, die diese Erkenntnis erschüttern könnten.“ (2014)

- Deutsche Vorherrschaftspläne vs. „imperiale Machtinteressen“ der anderen europäischen Großmächte: Hatten diese denselben Umfang und dieselbe Qualität wie die richtigerweise so genannten Vorherrschaftspläne der deutschen Führung? Zu welchen Zielen führten sie? Brauchten diese Mächte den Krieg in dem Maße, wie die deutschen „Eliten“ ihn brauchten und schließlich anzettelten?

- Umfangreiche Annexionen vor allem im Osten: Zunächst einmal muss man mittlerweile der Ausstellung fast dankbar dafür sein, dass sie überhaupt von „Deutschlands“ Kriegszielen, also denen seiner „Machteliten“, spricht, hat sich doch Herfried Münkler im rhetorischen Überbietungswettbewerb der Revisionisten zu der schrillen These hinreißen lassen, „dass die deutsche Führung 1914 tatsächlich keine politischen Kriegsziele hatte“ (FAZ, 24.01.2014,

S.35). Schon einmal vom Septemberprogramm Bethmann Hollwegs gehört?, möchte man Münkler, aber auch die Ausstellungsmacher fragen. Münkler nennt gesellschaftliche Akteure, die Kriegsziele formulierten, vermengt einflussreiche und einflusslose Gruppierungen, um sich über die „Flut von Denkschriften […] von den Intellektuellen bis zu den Industriellen, in denen Land im Osten, Erzgruben im Westen, Kolonialgebiete in Afrika verlangt werden", als „imperialistische Phantasien" und „wildes Stimmungsgewirr" lustig zu machen, und unterschlägt dabei, dass Forderungen der Banken und der Industriellen, insbesondere der neuen Industrien (Chemie, Elektro), deren Positionen vor allem von Walter Rathenau als aktivem Unternehmer, konzeptivem Intellektuellen und Politiker formuliert wurden, in das Kriegszielprogramm der Regierung Eingang gefunden haben.[7]

Diese Akteure und ihr Einfluss finden in der Ausstellung allerdings keine Erwähnung. Zudem ist die Formulierung zu den Annexionen in mehrfacher Hinsicht irreführend. Erstens: Annexionen spielten zwar unter den Kriegszielen der Schwerindustrie und ihrer Pressure Groups wie dem Alldeutschen Verband eine prominente Rolle, nicht aber in der Gesamtarchitektur der Kriegsziele. Zweitens: Auch in Richtung Osten waren nicht die Annexionen das Wesentliche, sondern der Machtexpansionismus: die territoriale und machtmäßige Zurückdrängung Russlands und die Bildung formal selbstständiger, real von Deutschland abhängiger Pufferstaaten. Drittens gab es natürlich auch Annexionsziele im Westen: Luxemburg sollte ein Bundesstaat des Deutschen Reiches werden, Belgien und Frankreich sollten Gebiete abtreten.

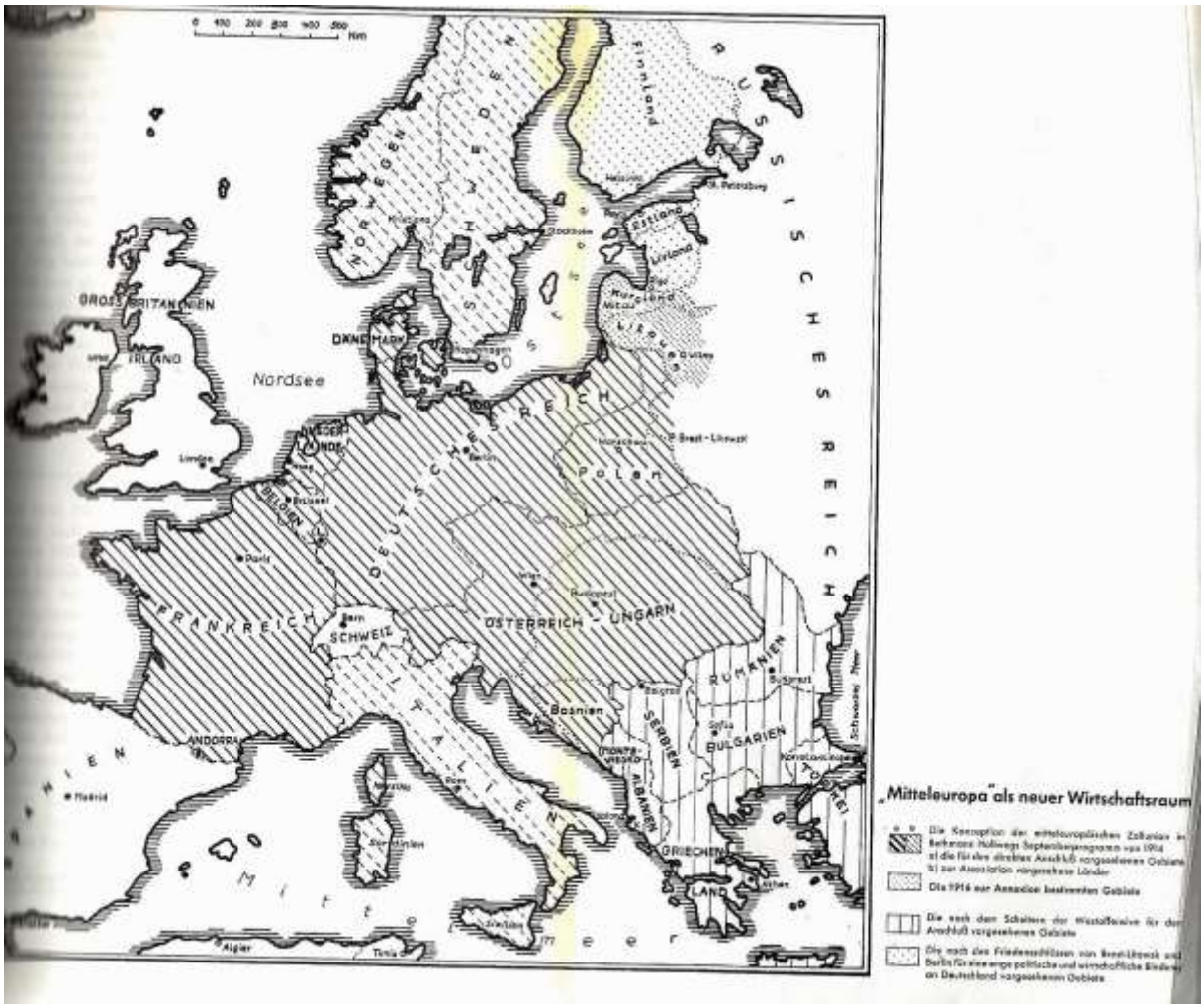
- Viel wichtiger als die Annexionspläne sind – nicht nur aus heutiger Sicht, sondern auch im Bewusstsein der damaligen Akteure – die hegemonialen Neuordnungspläne, die in folgender Form Eingang in Bethmann Hollwegs Septemberprogramm gefunden haben:

  „Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes durch gemeinsame Zollabmachungen, unter Einschluss von Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Österreich-Ungarn, Polen und eventuell Italien, Schweden und Norwegen. Dieser Verband, wohl ohne gemeinsame konstitutionelle Spitze, unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muss die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren." (Das Septemberprogramm ist zitiert bei Fritz Fischer 1964, S. 118)

  Blickt man auf den Fluchtpunkt dieser Ausstellung – der „rasante politische und ökonomische Integrationsprozess" Europas, insbesondere seit der EU-Osterweiterung 2004 (P 26) – , kann man nachvollziehen, dass historische Akribie den politischen Absichten geopfert werden muss. Die Ausstellungsbesucherinnen und -besucher könnten ja auf völlig abwegige Gedanken kommen, böte man ihnen die zitierte Passage aus dem deutschen Kriegszielprogramm zu lesen an. Dabei gibt es gute Gründe, darin das entscheidende Kriegsziel zu sehen: Zum später nach Osten hin erweiterten „Kern" des Septemberprogramms des Reichskanzlers, „geradezu" zum „Sinn des Krieges"(Fischer 1969, S. 770) wurde dieser Programmteil deshalb, weil er auf „eine modernere und flexiblere Form der Machtausübung"[im Vergleich zu Annexionen] orientierte, auf „indirekte Herrschaft durch wirtschaftliche und finanzielle Abhängigkeit" (ebd, S. 767).

  Hinter diesem Programm stand nicht die extremistische Schwerindustrie (obwohl Teile ihrer Forderungen im Interesse einer Konsensfindung innerhalb der „Machtelite" aufgegriffen wurden), Träger der wichtigsten Kriegsziele des Deutschen Reiches war die ‚gemäßigte Mitte' der Großindustrie. Kurt Riezler, Bethmann Hollwegs persönlicher Sekretär, hat es in einer Notiz an den Pressechef des Auswärtigen Amts Hammann auf die folgende Formel gebracht: „Annexionen können Quelle unserer eigenen Schwäche werden. Die Schwächung unserer

Gegner kann wirtschaftlich und finanziell sein – durch Handelsverträge etc.“ (Zitiert bei Fischer 1969, S. 763)[8]



Fischer 1964, nach Seite 120

3. Zwischenbemerkung zur Machart der Ausstellung

Bereits das erste Plakat ist für die Machart der gesamten Ausstellung symptomatisch:

a. Die Ausstellung macht nirgends deutlich, dass ihre Behauptungen in einem diskursiven Feld stehen und darin hoch umstritten sind. Ihr Gestus ist nicht diskursiv, sondern apodiktisch. Sie tut so, als verkünde sie zum Zweck „politischer Breitenbildung“ (s.o.) völlig unstrittige Wahrheiten, wo es tatsächlich um die „von uns proklamierte Sicht“ (s.o.) geht.

b. Da die Antithesen verschwiegen werden, kann auch das eigene Dispositiv – die Gleichsetzung der Kriegsparteien im Blick auf Schuld/Unschuld und die Verdichtung der Krisenkonstellation zum diffusen Verhängniszusammenhang einer „Ur-Katastrophe“ – im Dunkeln bleiben.

c. Aufgrund des Implizit-Bleibens dieses Dispositivs erscheint die Textoberfläche – trotz des deklarativen Gestus – ambivalent, vage, suggestiv. Die Rede von der „hohen und mitentscheidenden Verantwortung“ des Deutschen Reiches *scheint* kritisch zu sein. Die Suggestion einer kritischen Haltung kann aber nur wirken, solange man die Antithese nicht kennt oder den Formulierungen nicht sprachanalytisch beikommt.

d. Aber auch einem weniger geschulten oder geduldigen Rezipienten dürfte der Schein der Kritik eher als flüchtiger Hauch vorkommen, als bloß halbherzig, wird der kritische Schein doch mehrfach relativiert und abgeschwächt bzw. zurückgenommen: „Diplomatische Eskalation" ja, aber auch „militärische Eigendynamik", deutsches Vorherrschaftsstreben ja, aber auch die imperialen Machtinteressen der anderen. Dieser Abschwächungs- und Verneblungseffekt dürfte sich umso zuverlässiger einstellen, als weder die kritischen Positionen noch ihre Rücknahmen konkretisiert werden.

e. Die Abschwächung pseudo-kritischer Zugeständnisse, die als solche freilich unverzichtbar sind, um den (wohl richtigen) Eindruck zu vermeiden, hier seien beinharte Revisionisten und Konservative am Werk, was besonders hinderlich ist, wenn die Ausstellung – wie geplant – im Ausland gezeigt wird, führt dazu, dass die apologetische Tiefenstruktur beim Rezipienten eine suggestive Wirkung entfalten kann, ohne allzu penetrant durchzudringen. Das Gemeinte entfaltet sich und wird Gefühl. Es genügt der lau-behagliche Eindruck, dass „wir" doch „so" schlimm nicht waren. Die anderen waren doch auch dabei …

f. Eine weitere für diesen Effekt zweckdienliche Technik ist die der Verschiebung. Man rückt die Annexionen in den Vordergrund und verschweigt das bedeutsamere, geschichtsmächtigere Ziel der Neuordnung Europas durch ein hegemoniales, nur in Grenzfällen diktierendes Deutschland. Man redet vom Militär und den Freicorps und schweigt von den Großindustriellen und Bankiers. Die „Machteliten" zumindest der „guten" Seite, der „Marktwirtschaft", bleiben ungenannte, abwesende, hilfreich verdrängte Hauptdarsteller. Versöhnungsförderlich inszenieren die Geschichtschoreografen einen Reigen nicht enden wollender Verwechslung. Zweitrangiges wird wichtig und Wichtiges nichtig.

g. Auf dem unteren Teil der Plakate werden in der Regel keine Dokumente abgebildet, an denen Besucher die Aussagen der Ausstellung überprüfen oder sogar eine andere, eigene Sicht der Dinge entwickeln können. Es wäre zu viel der Ehre, würde man den Ausstellungsmachern vorwerfen, das geschichts- und politikdidaktische Ziel persönlicher Urteilsfähigkeit verfehlt zu haben. Ihre „politische Breitenbildung" nimmt dieses Ziel nicht einmal ansatzweise in den Blick.

4. Links gleich rechts – oder: Die Totalitarismustheorie erzählt Geschichte[n]

4.1 Vom Ende der Weimarer Republik: „Das Scheitern der deutschen Demokratie" (Plakat 10)

Zuerst die „Erzählung" der Ausstellung:

„[…] Der bürgerliche Liberalismus war erodiert, die Konservativen brachten der Republik keine Loyalität entgegen und die große Mehrheit der Arbeitgeber heizte die sozialen Konflikte immer mehr an. Am 27. März 1930 scheiterte die letzte parlamentarische Regierung unter einer von der SPD geführten großen Koalition. An ihre Stelle traten Präsidialsystem und Notverordnungsregime. Das bis 1933 auf über sechs Millionen anschwellende Heer der Arbeitslosen und die von der SPD tolerierte radikale Deflations- und Sparpolitik der Regierung Brüning (Zentrum) bescherten Kommunisten und Nationalsozialisten großen Zulauf. Nach den Reichstagswahlen im Juli 1932 hatten die NSDAP (37,4%) und die KPD (14,5%) eine antidemokratische Mehrheit im Parlament. Die fast alltäglichen Straßenschlachten zwischen Nationalsozialisten, Kommunisten und der Polizei sorgten für Bürgerkriegsstimmung. Hitler provozierte diese Zustände und präsentierte sich zugleich als Retter vor der drohenden ‚roten Gefahr'. Seine Strategie ging am 30. Januar 1933 auf. Reichspräsident Hindenburg ernannte ihm zum Reichskanzler." (P 10)

- Erosion des Liberalismus und Scheitern der Großen Koalition 1928-1930: Die Formulierung von der Erosion suggeriert, dass dem „Liberalismus“ etwas widerfahren sei. Er verschwindet als Akteur. Bereits die Kollektivnamen, unter die die Akteure subsumiert werden, vernebeln mehr, als zu benennen. Wer ist „der Liberalismus“, wer sind „die Konservativen“? Denselben Rezeptionseffekt strebt die Rede vom „Scheitern“ der Großen Koalition an. Sie verschweigt, dass die bürgerlichen Parteien unter den Bedingungen der ausbrechenden Wirtschaftskrise und einer Krisenpolitik, die alle Lasten auf die Lohnabhängigen und den Mittelstand abzuwälzen gedachte, zielstrebig an der Auflösung der Koalition mit den Sozialdemokraten arbeiteten, die man verdächtigte, immer noch zu große sozial- und wirtschaftspolitische Zugeständnisse an ihre Wählerschaft machen zu wollen.

  Die schon vor der Wirtschaftskrise vorliegende Planung der Kreise um Hindenburg, ein vom Parlament unabhängiges Präsidialregime zu installieren („antiparlamentarisch, also ohne Koalitionsvereinbarungen“), um eine antisoziale Wirtschafts- und Finanzpolitik durchzusetzen, wozu man „mindestens auf einige Zeit hinaus den sozialdemokratischen Einfluss auszuschalten“ gedachte, und um eine „Wandlung“ in Preußen zu bewirken (Aufzeichnung des Grafen von Westarp über eine Unterredung mit Hindenburg vom 15.1.1930; dokumentiert bei Reinhard Neebe 1995, S.70 f.), wurde vorangetrieben, nachdem die Große Koalition – dazu benötigte man die SPD noch – die Verabschiedung des Young-Planes durch den Reichstag gebracht hatte. Hauptakteur auf der politischen Bühne war neben dem nach rechts gerückten Zentrum die DVP. Neebe dokumentiert hierzu Auszüge aus einem Bericht des DVP-Abgeordneten Erich von Gilsa an Paul Reusch über ein Treffen von DVP-Parlamentariern in Berlin am 4.2.1930: „Nach Erledigung des Youngplanes sollen dann die innerpolitischen Dinge mit größter Beschleunigung in Ordnung gebracht werden. Hier steht [Ernst] Scholz völlig auf dem von mir Ihnen schon öfter vorgetragenen Standpunkt. Er beabsichtigt, in ultimativer Form an das Kabinett die Aufforderung zu richten, gesetzlich festgelegte Bindungen für die Finanz- und Steuerreform vorzunehmen. Dabei sagte Scholz uns vertraulich, dass er hierbei bewusst auf einen Bruch mit der Sozialdemokratie hinarbeiten wolle. […] Die Gefahr, dass es trotz eines solchen Vorgehens nicht zum Bruch mit der Sozialdemokratie kommt. . ., liegt darin, dass Moldenhauer [Finanzminister, DVP] immer noch daran festhält, im Jahre 1930 nur zu sanieren und erst im Jahre 1931 Steuersenkungen vorzunehmen . . . Es ist durchaus möglich, dass die Sozialdemokratie nach einigem Geschrei sich mit diesem Plan einverstanden erklärt ... Aus diesem Grunde ... verlangen wir, dass schon im Jahre 1930 mit einer fühlbaren Steuersenkung begonnen wird.“ (Zit. bei Neebe 1981, S.55)

  Die gesuchte und gefundene Bruchstelle, die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, war nur ein Vorwand. Die im Januar offen aufbrechende Koalitionskrise verlief dann in der Tat etwa so, wie Scholz, Vorsitzender und Fraktionsführer der DVP, es vorhergesagt hatte. Überraschender Weise kam es am 5. März 1930 zu einem auch von Moldenhauer mitgetragenen Kompromiss. Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wurde ermächtigt, den Beitrag um einen halben Prozentpunkt von 3,5% auf 4% zu erhöhen, während sich die SPD damit einverstanden erklärte, für das Jahr 1931 die Rückerstattung von Lohnsteuern auszusetzen. Bereits am nächsten Tag lehnte die DVP-Reichstagsfraktion diesen Kompromiss ab und wurde dabei, wie Winkler schreibt (Winkler 2000, S. 486), „unterstützt von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und dem Reichsverband der Deutschen Industrie“ (Näheres zu dieser Unterstützung bei Neebe 1981, S. 56). Am 12. März verabschiedete der Reichstag das von einer Mehrheit der Unternehmer geforderte Zustimmungsgesetz zum Young-Plan in dritter Lesung; am 27. März trat die Regierung zurück. Winklers Fazit: „Im Rückblick gibt es keinen Zweifel, dass an

diesem Tag […] die Auflösungsphase der ersten deutschen Demokratie begann. […] Die parlamentarische und außerparlamentarische Rechte hatte diese Entwicklung gewollt, und das vor allem deshalb, weil ihr anders eine Überwindung des Sozialstaats von Weimar nicht möglich erschien. Um *dieses* Nahziel ging es den Wegbereitern der präsidialen Wendung, und nicht nur um die Abwehr einer geringfügigen Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung." (Ebd., S. 487 f.)[9]

- In diesem Zusammenhang ist die Rede davon, dass „die große Mehrheit der Arbeitgeber […] die sozialen Konflikte immer mehr" anheizte, eher eine Verharmlosung.[10] Denn das Krisenprogramm des Reichsverbands der Deutschen Industrie (RDI) „Aufstieg oder Niedergang?" aus dem Jahr 1929 formulierte nicht nur die Grundlagen einer Wirtschaftspolitik, die die Krise auf dem Rücken der Arbeiter zu bewältigen gedachte, sondern reflektierte auch die politischen Konsequenzen dieser Politik, die dann nicht nur von „Kreisen" um Hindenburg, sondern eben auch vom RDI gezogen wurden. Die Unternehmer sahen sich nunmehr als das an, was sie natürlich bereits vorher waren: als politischen Akteur mit Führungsanspruch. So forderte Anfang 1930 unter der Überschrift „Unternehmer an die Front" der Hauptgeschäftsführer des Langnamvereins Max Schlenker: „Nach unserer Überzeugung kann es nur wieder aufwärts gehen, können Wirtschaft und Staat nur dann wieder in geordneten Bahnen wirken und arbeiten, wenn der deutsche Unternehmer ... nunmehr auch politisch in die Bresche springt und sich den ihm gebührenden Platz am Steuer des Staates sichert." (Zit. bei Neebe 1981, S. 60)

  Was „der deutsche Unternehmer" auf diesem „Platz am Steuer des Staates" zu tun gedachte, macht die Denkschrift auf 54 Druckseiten hinreichend deutlich. Sie verschnürt Forderungen zur Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, die man heute neoliberal nennen würde, zu einem Krisenpaket, dessen wichtigste Inhalte die Stärkung der Angebotsseite, Austeritätspolitik und die Forderung nach Entparlamentarisierung der Politik sind.

  Die Kapitalbildung müsse gefördert werden. Das erfordere eine „fühlbare Entlastung" bei allen Unternehmenssteuern, die Gewerbesteuer etwa solle auf mindestens die Hälfte gekürzt werden und nach einer kurzen Übergangszeit ganz wegfallen. Die Kapitalertragssteuer müsse sofort vollständig beseitigt werden, zudem müsse die geforderte Steuerreform „auch eine Senkung der Einkommenssteuer vornehmlich in den mittleren und höheren Stufen bringen", die Steuerbelastung dürfe 25% des Gesamteinkommens nicht übersteigen (RDI 1929, S. 11, 14, 36 f.).

  Die Löhne seien zu hoch, die „Verkennung der lohnpolitischen Grenzen" müsse aufhören, ebenso gelte es, „die Übertreibung in der Sozialgesetzgebung" zu beenden; sie vereitle „an sich gegebene Aufstiegsmöglichkeiten für die deutsche Wirtschaft" und gereiche dadurch „gerade zum Nachteil derjenigen, für die die soziale Fürsorge bestimmt war" (S. 6, 8). Die Ausgaben für Sozialleistungen belasteten die Industrie „in außergewöhnlichem Maße" und beeinträchtigten die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft „insbesondere dem Auslande gegenüber" (S. 27). Die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung wird abgelehnt. Ebenso sollen Defizite bei der Arbeitslosenversicherung nicht durch öffentliche Mittel gedeckt werden dürfen. Das führt konsequenterweise zur Absenkung der Leistungen. Dies gelte auch für die Sozialversicherungsgesetze überhaupt. Die Ausgaben dafür sollen begrenzt, ihre Leistungen „angepasst" werden. „Die Sozialversicherung soll die wirklich Schutzbedürftigen und Notleidenden betreuen, eine unberechtigte, die Volksmoral schädigende Ausnutzung ihrer Einrichtungen aber verhindern." (S. 12) Diese Weltsicht verbreiten die Unternehmer zu einer Zeit, als die Zahl der „sichtbaren", gemeldeten Arbeitslosen über 3 Millionen steigt und bereits ein Drittel von ihnen keine Arbeitslosenunterstützung mehr bezieht (vgl. Winkler 1990, S. 24)[11].

  Da nun den Unternehmern wohl bewusst ist, dass ihre Forderungen die Defizite der öffentlichen Hand vergrößern könnten, ergänzen sie ihre finanz- und steuerpolitischen Vorschläge mit folgenden

Forderungen: Auf der Einnahmeseite solle es zu einer Verlagerung von der „drückenden Last“ der direkten Steuern zu den indirekten Steuern, also den die Massen belastenden Verbrauchssteuern kommen (RDI, S. 13, 31 f.). Außerdem müsse es zu einer drastischen Senkung der Ausgaben kommen. Die Parteien hätten aus Bequemlichkeit die „staatliche Fürsorge“ ausgeweitet; dies habe zu einer „grotesken Vermehrung des öffentlichen Finanzbedarfs“ geführt (S. 6). Der „Fürsorgestaat“ müsse abgebaut werden, zumal die wieder in ihr Recht eingesetzte „freie Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte […] der Fürsorgepolitik von vornherein viele Aufgaben und Sorgen“ abnehme (S. 27, 28). Die Verfasser der Denkschrift zeigen subtilen Humor, wenn sie abschließend behaupten, die „Durchführung“ ihrer geforderten „Reformen“, also die vollständige Abwälzung der Krisenfolgen auf die Schultern der ‚Unteren‘, verlange „von allen Seiten Opfer“ (S. 45).

Verpackt werden diese Forderungen mit einer forcierten Rhetorik der Freiheit. Es gehe um die „freie Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte“, um das „freie Unternehmertum“, um die „grundsätzliche Anerkennung der Gewerbefreiheit“, die gegen staatlichen Zwang verteidigt werden müsse: „Die deutsche Wirtschaft muss freigemacht werden.“ (S. 7 – S. 6, 21, 11) Zwänge umstellen die freiheitsdurstigen Unternehmer überall: Da gibt es die staatliche Zwangsschlichtung bei Tarifauseinandersetzungen, die zu einem „Zwangslohnsystem“ führt, das natürlich beseitigt werden muss (S.13). Da die Politiker, die so in letzter Instanz die Löhne festlegen, sich zu sehr von den irrationalen Wünschen ihrer Wähler leiten lassen, kommt es zu „politischen Löhnen“, die in unverantwortlicher Weise die Wirtschaft überfordern. Es folgt ein wunderbares Bekenntnis zur Freiheit, das man auch aus der gegenwärtigen Debatte über einen staatlichen Mindestlohn kennt: „Es ist nach unserer Auffassung nicht Aufgabe des Staates, in die Sphäre privatwirtschaftlicher und privatrechtlicher Angelegenheiten, wie sie die Regelung der Arbeitsbedingungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern darstellt, von sich aus mit Zwang einzugreifen und damit die Initiative und die Entschlussfreudigkeit, vor allem aber auch die wirtschaftliche und soziale Verantwortung den unmittelbar Beteiligten, den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, abzunehmen.“ (S. 29) Eine weitere „große Gefahr, nicht nur für Unternehmer und Arbeiter, sondern für die Gesamtheit der Nation“ sieht die Industrie in der Forderung nach Wirtschaftsdemokratie. Diese „lähmt die Initiative und tötet die Verantwortungsfreudigkeit, ohne die kein Fortschritt möglich ist“ (S. 8). Allerdings dürfe man es mit der „grundsätzlichen Anerkennung der Gewerbefreiheit“ auch nicht übertreiben. Es gibt auch „Gefahren eines zügellosen Wettbewerbs“, denen man nur mit Kartellen begegnen kann. Kartelle schalten den Wettbewerb nicht aus, sondern regeln ihn so, dass eine „Ausartung“ des Wettbewerbs verhindert wird. „Sie ordnen den Markt“ und erfüllen damit „einen natürlichen und notwendigen Wirtschaftszweck“ (S. 23 f.). Daher brauchen auch sie Freiheit, nämlich „Bewegungsfreiheit“; also muss die bestehende Kartellverordnung fallen, denn sie sei „ein zwangswirtschaftliches Sondergesetz“. So wenig man die Wettbewerbsideologie übertreiben, das heißt, allzu wörtlich nehmen darf, so wenig die Staatsablehnung. Manchmal ist sogar Planung erforderlich, weil nützlich: „Die Ausfuhrförderung muss tatkräftiger und planmäßiger werden.“ (S. 15) Eines muss man dieser Denkschrift zu gute halten: Sie lässt ihre Leser keinen Moment darüber im Unklaren, was unter Freiheit zu verstehen ist: ein privatrechtlich geschütztes Privileg.

Wer Freiheit als Privileg begreift, hat ein Problem mit der Demokratie. Es gibt jede Menge „Mehrheitswünsche“, denen man nicht ‚ausweichen‘ kann (S. 48). Das ist etwas merkwürdig formuliert, aber im Kontext völlig klar: Vor „Mehrheitswünschen“, die die verlangte „entscheidende Wendung“ in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik (S. 7) blockieren könnten, darf es kein „Ausweichen“, also kein Zurückweichen geben. Der Parlamentarismus wird zwar noch nicht insgesamt in Frage gestellt und frontal angegriffen, aber der entscheidende Schritt dorthin wird im Ton moderat, aber in der Sache unmissverständlich getan mit der Forderung, das Parlament, den Reichstag, seines ‚Königsrechts‘, des Budgetrechts, zu berauben. „Der Reichstag muss in der Ausübung seines Rechtes, Ausgaben zu bewilligen, weitgehende Selbstbeschränkung üben. Ohne Zustimmung der Reichsregierung dürfen die Ausgaben nicht erhöht werden.“ (S. 14, 47) Mit anderen Wort: Das Bewilligungsrecht soll ausgehebelt und der Exekutive überlassen werden, die im Machtspiel zwischen Reichsfinanzminister, Reichssparkommissar, dessen Befugnisse auszubauen seien, und Regierung die wirtschaftsförderlichen Entscheidungen zu treffen hat. Dabei soll auch die Autonomie der Gemeinden

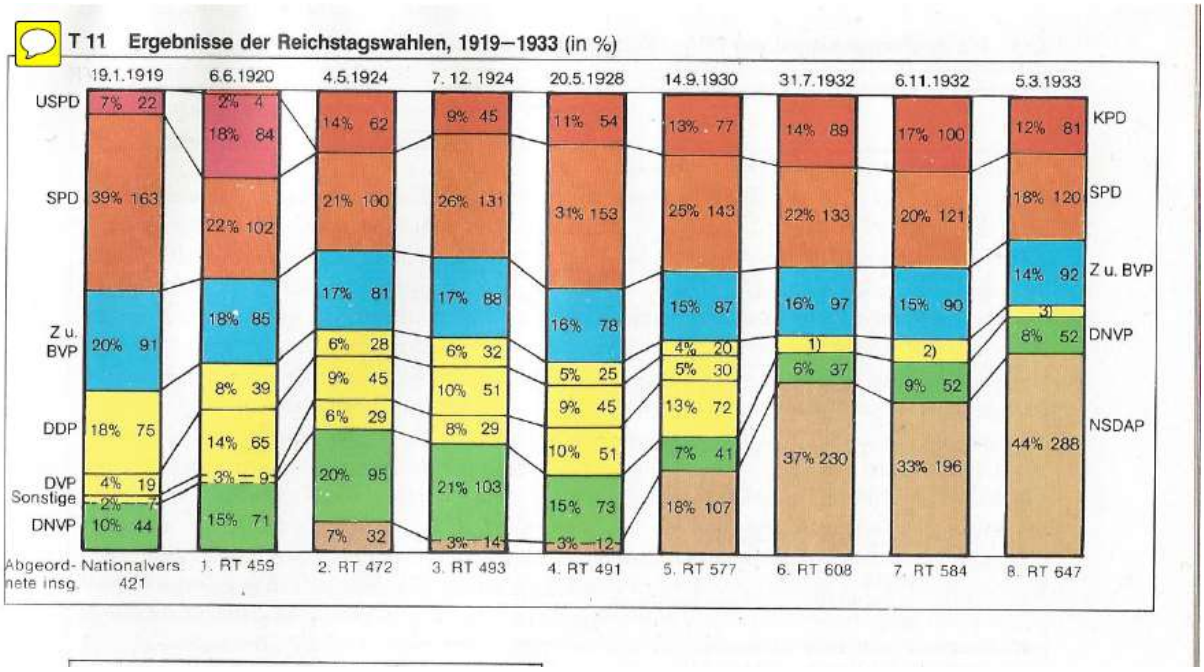
beseitigt werden, indem ihre „Anleihegebarung“ einer „zentralen Kontrolle“ unterworfen werden soll (S. 16). Das ist im Konzept des Abbaus des „Fürsorgestaates“ nur konsequent, waren doch die Gemeinden insbesondere als Träger des sozialen Wohnungsbaus neben den zahlreichen Baugenossenschaften zu einer „Art Exekutive des Sozialstaatspostulats“ der Weimarer Reichsverfassung geworden (von Saldern 1995, S. 122).

Die weiter reichenden Implikationen des Angriffs auf das Budgetrecht des Reichstags verriet 10 Tage nach Erscheinen der Denkschrift der Diskussionsbeitrag des Vorsitzenden des Verbandes der Sächsischen Industriellen auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung des RDI vom 12.12. 1929 : „Um das durchzuführen, was heute von den Herren Referenten [gemeint sein dürften Müller-Oerlinghausen und Silverberg] verlangt worden ist, bedarf es einer festen und beständigen Regierung, die durchzugreifen ernsthaft gewillt ist. Fest und beständig sind aber keine Attribute deutscher Staatsgewalt, weil man bei uns Demokratie mit Parteiwirtschaft verwechselt.[…] Ist das Parlament seiner Aufgabe nicht gewachsen, kann es sie nicht meistern, dann wird gar nichts anderes übrigbleiben als wieder einmal, wie es ja 1923/24 der Fall gewesen ist, sich auf das Gebiet der Verordnungen zu begeben […] Ich stehe durchaus nicht isoliert da, wenn ich sage: Ein Ermächtigungsgesetz kann vielleicht noch die einzige Hilfe sein, die aus diesem Elend herausführt.“ (Dokumentiert bei Kühnl 1975, S. 70 f.)

- Die Ausstellung beschweigt diesen Zusammenhang und suggeriert, dass die Aushöhlung des Parlamentarismus der negativen Mehrheit antidemokratischer Parteien (NSDAP und KPD – die DNVP wird freundlicherweise nicht erwähnt) geschuldet sei. Die Ausschaltung des Parlaments setzte sich aber bereits 1929 als dominierende politische Option der „Machteliten“ durch (da hatte die NSDAP 2,6% der Stimmen!). NSDAP und KPD spielten hierfür als politische Akteure keine Rolle. Die Wende zum Antiparlamentarismus erfolgte, weil die bürgerlichen Parteien den politischen und sozialpolitischen Kompromiss der Weimarer Koalition aufgekündigt hatten.[12] Es sind nicht die „Extreme“ an den Rändern, es ist die wirtschaftliche, soziale und politische Radikalisierung der bürgerlichen „Eliten“ und ihres politischen Personals, der bürgerlichen Parteien, es ist der „Extremismus der Mitte“, der zur Auflösung der parlamentarischen Demokratie führt.

- Deshalb kann man die Wahlgeschichte der Weimarer Republik auch ganz anders beschreiben, als es die Ausstellung suggeriert, wählersoziologisch nämlich als Hinwendung vor allem der bürgerlichen Wähler zur NSADP.

  Ich veranschauliche das zunächst mit einer Grafik aus einem verbreiteten Geschichtsbuch für die Gymnasiale Oberstufe (Geschichte, Politik und Gesellschaft I 1996, S. 277):



Nimmt man die Wahlen vom Mai 1924 (Beginn der kurzen Ära der relativen Stabilisierung der Republik) und vom November 1932 als letzter halbwegs freien Wahl, ergibt sich folgendes Bild: Der Block der Arbeiterparteien SPD und KPD bleibt nahezu unverändert (35%, 37%), ebenso nahezu unverändert bleibt der Stimmenanteil des Zentrums als „volksparteiliche“ Artikulation von Unternehmer-, Bauern- und Arbeiterinteressen vermittels der Bindungskraft des politischen Katholizismus (17%, 15%). Dagegen erfolgt der Aufstieg der NSDAP in Wahlen dadurch, dass sie über die Hälfte der rechtsradikalen DNVP und nahezu alle Wähler der bürgerlichen („liberalen“) Parteien aufsaugt (21%, 20%, 7% = 48% 1924; - , 9%,33% = 41% im November 1932). Das ist der wahlanalytische Beleg der These vom Radikalismus und Extremismus der bürgerlichen Mitte.

- „Das bis 1933 auf über sechs Millionen anschwellende Heer der Arbeitslosen […] bescherte[n] Kommunisten und Nationalsozialisten großen Zulauf.“ Diese These ist ein wahlanalytischer Sonderfall der generellen Desorientierung, die die Ausstellung betreibt. Wie man heute ja wieder ganz gerne die Karten der „Armutszuwanderung“ und der degenerierten „Unterschicht“ zieht, um von den Ursachen sozialer Missständen abzulenken, sind es hier die Arbeitslosen, die vom Anteil der gutbürgerlichen „Eliten“ an der Zerstörung der Demokratie ablenken sollen. Aus vielen Untersuchungen und Quellen hierzu zitiere ich der Einfachheit halber eine Quelle, die Eingang in das bereits erwähnte Schulbuch gefunden hat:

  „Was das sozialstrukturelle Profil der NSDAP-Wählerschaft betrifft, so kann die landläufige Auffassung, das Kleinbürgertum habe mit seinen Stimmen Hitler zur Macht verholfen, in dieser Form nicht aufrechterhalten werden. Wie R.F. Hamilton anhand einer sorgfältigen Analyse der Wahlergebnisse in den einzelnen Stimmbezirken von 14 deutschen Großstädten nachzuweisen vermag, hat die NSDAP gerade in den Wohnvierteln der Oberschicht und der oberen Mittelklasse überdurchschnittlich gut abgeschnitten, ja teilweise sogar ihre Spitzenergebnisse der jeweiligen Stadt erzielt, z.B. in Berlin, Hamburg, Essen und Dortmund. […] Als weiteres wichtiges Ergebnis der neueren Untersuchungen ist festzuhalten, dass es der NSDAP entgegen landläufiger Meinung nicht gelang, auf breiter Front in das Arbeitslosenheer einzubrechen. Die arbeitslosen Arbeiter (1932/33 etwa ein Drittel aller Arbeiter) stimmten eher für die KPD und (in geringerem Maße) für die SPD als für die NSDAP; lediglich bei den arbeitslosen Angestellten erzielte die NSDAP nennenswerte Stimmengewinne. Die gängige Behauptung, die Arbeitslosen hätten maßgebend zu den Wahlerfolgen der Hitler-Partei beigetragen, wird durch die Befunde der wahlhistorischen Forschung nicht bestätigt,

sondern widerlegt.“ (Eberhard Kolb: Die Weimarer Republik. München 1984, S. 120, 210 f. – dokumentiert in Geschichte, Politik und Gesellschaft 1, a.a.O., S. 323)

- „Die fast alltäglichen Straßenschlachten zwischen Nationalsozialisten, Kommunisten und der Polizei sorgten für Bürgerkriegsstimmung.“ Auch hier wird ein Klischee bedient, eine Gleichung aufgestellt, die auch heute gern gemacht wird: Diejenigen, die sich den provokativen Aufmärschen der Neonazis entgegenstellen, sollen ihnen gleich sein (oft werden sie auch – siehe Dresden – im Unterschied zu den Neonazis wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz strafrechtlich verfolgt), es machen eben beide Krawall. Der Česká in den Händen der NSU-Killer, die seit dem Jahr 2000 unbehelligt eine Blutspur rassistischen Terrors durch das Land ziehen konnten, gleicht die Klobürste, die von der Hamburger Polizei zur gefährlichsten Waffe des Linksextremismus geadelt wurde. Die Ausstellung evoziert das Klischee extremistischer Straßenschlägereien und nimmt es – das gehört zu ihrer Darstellungsstrategie – nur halbherzig zurück. Hitler, heißt es im kleinlauten Nachsatz, habe diese Zustände provoziert, um sich als Retter vor der ‚roten Gefahr‘ zu inszenieren. Da aber die Nazi-Provokationen weder dargestellt noch erklärt werden, bleibt als Haupteindruck das Bild extremistischer Gewohnheitsschläger. Dazu ein paar Bemerkungen:

  Es gehört zum „Markenkern“ des Faschismus, den politischen und sozialen (Linke, vor allem Kommunisten; Arbeiterbewegung) sowie rassistisch stigmatisierten Feind (Juden) mit entgrenzter, exzessiver Gewalt zu verfolgen, Aktivisten zu töten und, an die Macht gelangt, die rassistisch definierten Volksfeinde zu vernichten und jede Regung von Opposition und Widerstand auszumerzen. Mit Terror werden die nicht in die faschistische „Volksgemeinschaft“ Integrierbaren in Schach gehalten. Wie diese Terrorstrategie in der „Bewegungsphase“, insbesondere in Berlin, funktionierte, ist historiographisch gut erschlossen und dokumentiert. Ich beziehe mich im Folgenden auf einige einschlägige wenige Aspekte aus der informativen, von Wolfgang Benz betreuten Dissertation Martin Schusters (2005) und auf die Untersuchungen von Eve Rosenhaft (1995):

  Mit Goebbels’ Übernahme der Gauleitung Berlin Ende 1926 dienten Gewaltaktionen zunächst dazu, die Partei bekannt zu machen, ihren Namen der verhassten Stadt, „ob sie es wollte oder nicht“ (Goebbels), einzubrennen. Ziele der Gewalt waren nicht nur Linke, sondern von Anfang an Juden bzw. Menschen, die man dafür hielt. Zu den geplanten Gewaltaktionen dieser Phase gehörten die inszenierten Saalschlachten als Resultat der radikalen Umdefinition der Kultur politischer Versammlungen. Sobald eine missliebige Äußerung fiel, begann das Spiel der Gewalt. Oft reichte es bereits, wenn Anwesende als Kommunisten oder Juden identifiziert wurden. Als auf einer Veranstaltung im Wedding am 4.5.1927 ein evangelischer Pfarrer auf die antisemitische Hetze Goebbels’ mit dem Zwischenruf reagierte „Ja, ja, Sie sind der richtige germanische Jüngling“, wurde er so brutal zusammengeschlagen, dass die Berliner Polizeiführung ein befristetes SA- und NSDAP-Verbot für Berlin bis zum April 1928 erwirkte (Schuster 2005, S. 218).

  Dieses Muster gilt auch für die Propaganda-Märsche: Im Moment ihrer Aufführung erhob die SA einen „Ausschließlichkeitsanspruch“ (ebd., 215), der zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit all denen führte, die öffentlich dagegen protestierten. Nachdem sich NSDAP und SA so nachhaltig bekannt gemacht hatten und die SA durch diese „Propaganda der Tat“ Zulauf von gewaltbereiten Jugendlichen und jungen Männern auch aus den Kreisen des Bürgertum bekam[13], gewannen ihre Gewaltprovokationen eine neue Qualität: Ausgehend von den bürgerlichen Wohngebieten und Bezirken wurde die Stadt mit einem Netz von „Sturmlokalen“ überzogen, die in den „roten Kiezen“ als Stützpunkte der geplanten

gewaltsamen „Befriedung“ dienten. Die Viertel sollten zu linkenfreien Zonen werden. Da sich zeigte, dass die Berliner Arbeiterhochburgen relativ unempfänglich waren für die Nazi-Politik und -ideologie, konnte dies nur durch Terror erreicht werden. Öffentliche Auftritte der Linken wurden angegriffen, die Bewohner eingeschüchtert. Eve Rosenhaft spricht von einer Strategie der „gewaltsamen Einschüchterung“ (1995, S. 243). Davon waren nicht nur die politischen Aktivisten der Linken betroffen. Wie sehr das Alltagsleben der Kiezbewohner betroffen war, hat Rosenhaft eindrucksvoll aus Polizei- und Prozessakten rekonstruiert:

„Als der SA-Sturm 21 der Neuköllner SA im August 1931 in sein neues Sturmlokal in der Richardstraße einzog, beschwerten sich als erstes die Mieter dieses Hauses. Jeden Tag erschienen ungefähr 30 SA-Männer zum kostenlosen Mittagessen, ungefähr 100 kamen jeden Abend in die Kneipe. Laut Berichten urinierten sie in den Hof, schüchterten spielende Kinder ein und drohten damit, auf die Fenster zu schießen. Dem KPD-Büro wurde gemeldet, dass die Mädchen in dieser Gegend auf den Straßen nachts nicht mehr sicher seien. […] Dies entsprach einem allgemeinen Muster. Auch dann, wenn ein SA-Sturm nicht für gezielten Mord bekannt war, wie etwa der Charlottenburger Sturm 33 bereits 1931, stellte das Sturmlokal einen fremden Stützpunkt dar, der einzelne dazu zwang, ihren üblichen Heimweg abzuändern, oder der den abendlichen Ausgang zum Risiko machte.“ (Ebd., S. 251 f.)

Die Gewalt der Linken erhält dadurch den Charakter der „Selbstverteidigung“ (ebd., S. 256). Dass der SA die „Eroberung der Kieze“ und die „angestrebte Verstetigung“ ihrer Präsenz dort bis 1933 „nur bedingt“ gelang (Schuster 2005, S. 221), bleibt das Verdienst dieser linken Selbstverteidigung. Es ist infam, sie mit der Gewalt der Rechten gleichzusetzen bzw. diese Gleichsetzung zu suggerieren.

Es gibt aber darüber hinaus noch zwei weitere Besonderheiten der Gewalt der Rechten. Obwohl 1931 und 1932 mehrfach SA-Einheiten in Alarmbereitschaft versetzt wurden, blieben diese ‚Alarmierungen‘ bloße Drohgebärden. Denn die SA hat, wie Schuster hervorhebt, ihre Gewalt niemals auf den Staat ausgedehnt (ebd., S 223). Umgekehrt kam es niemals zu einem auch gegen Zivilpersonen gerichteten massiven Einsatz von Waffengewalt der Polizei gegen die SA, wie dies der Linken im Berliner Blutmai 1929 und im Altonaer Blutsonntag vom 17. Juli 1932 widerfuhr (Rosenhaft 1995, S. 239).

Zweitens – und dies ist vielleicht weniger bekannt – genoss die SA seit Januar 1931 mit Unterbrechungen eine staatliche Förderung bei der Professionalisierung ihrer Gewalt (s. Schuster 2005, S. 198-214). Dies ging so: Im Januar 1931 betrieb der SA-Mann August Bergmann eine Parallelgründung zur Berliner NSDAP: Alle SA-, SS- und HJ-Mitglieder wurden Mitglieder eines Deutschen Volkssportvereins (DVV), der wiederum dem Deutschen Turnerbund angeschlossen war. Darüber bekamen die „DVV“-Mitglieder Fahrpreisermäßigungen bei den kommunalen Verkehrsmitteln und konnten die kommunalen Turnhallen benutzen. Als die Stadtbehörden erkannten, was sie taten, stellten sie diese Förderung Ende 1931 ein. Parallel dazu nahm der DVV Kontakt zur General-Vogt-Arbeitsgemeinschaft auf, deren Vorsitzender, Generalmajor a.D. Ludwig Vogt, gleichzeitig Vorsitzender des Bundes Jungdeutschland war, der die staatlich geförderte und von der Reichswehr durchgeführte Wehrsportausbildung von Jugendlichen vermittelte. Die Ausbilder kamen hauptsächlich aus der Reichswehr. Seit dem 31. Oktober fanden sonntäglich Wehrsportübungen auf dem Truppenübungsplatz der Reichswehr in Döberitz statt. Der Platz war für 700 Mann ausgelegt, die Polizei vermerkte die Teilnahme von 1300 Mann bis – dies der Höchststand – 3000 Mann, ab Januar 1932 mehrheitlich Angehörige der SA. Zu den durchgeführten „Felddienstübungen“ gehörten u.a. Sturmangriffe und Straßenkampf. Eher zögerlich verbot der preußische Innenminister diese Veranstaltungen am 24. 2. 1932. Schuster

schätzt – und zwar vorsichtiger als die Berliner Polizei – , dass bis dahin 7000 SA Mitglieder an diesen Schulungen teilnahmen (von ca. 13000 Berliner SA-Mitgliedern zu Beginn des Jahres 1932) (Schuster, S. 205). Nach Aufhebung eines zeitweiligen SA-Verbotes wurde die Wehrsportausbildung auf Drängen der Reichswehr völlig unter staatliche Aufsicht gestellt. Im September wurde ein „Reichskuratorium für Jugendertüchtigung“ errichtet und mit einer Anschubfinanzierung in Höhe von 1,5 Millionen Reichsmark versehen. Vorsitzender war der Reichsinnenminister, die NSDAP war offiziell im Kuratorium vertreten. Die Teilnehmer der ersten beiden dreiwöchigen Probekurse gehörten zu 60% der SA an und waren während des Kurses gegen Unfall und von ihnen verursachte Schäden versichert. Unterkunft und Verpflegung waren frei. Kleidung wurde während des Lehrganges gestellt. Die Teilnehmer wurden zu Multiplikatoren ausgebildet. Bestanden sie den Lehrgang, bekamen die entsendenden Verbände eine Prämie von 5 RM pro erfolgreichem Teilnehmer. Das Programm sollte ein erster Schritt zur Verwirklichung der Milizpläne von Schleichers sein.

Man sieht: Auch in dieser Hinsicht gibt es markante Unterschiede zwischen rechts und links.

4.2 Zusammenfassende Bemerkung zur Machart der Ausstellung

Die Analyse macht die bereits am ersten Plakat herausgearbeiteten unwissenschaftlichen Darstellungsmethoden der Ausstellung erneut deutlich: Ein Hauptakteur, die Großindustrie bzw. das Großbürgertum, wird eher beiläufig erwähnt. Seine Rolle und die Rolle der bürgerlichen Parteien bei der Zerstörung der Weimarer Republik werden verschwiegen. Insbesondere wird nicht deutlich, dass die auf den Abbau des Sozialstaates gerichtete Krisenpolitik der Unternehmer in der Konsequenz die Zerstörung nicht nur der Formen parlamentarischer Repräsentation, sondern jeder demokratischen Artikulation implizierte. Stattdessen wird eine Kausalität fingiert (eine negative Parlamentsmehrheit von NSDAP und KPD), die als solche niemals zur Ernennung Hitlers als Kanzler geführt hätte. Eine genauere Analyse der Zunahme politischer Gewalt seit 1927 zeigt zudem, dass auch auf einer oberflächlichen Erscheinungsebene die Gleichsetzung von links und rechts nicht haltbar ist. Die faschistische Gewalt zielt nicht nur auf die Zerschlagung der Arbeiterbewegung, die Folterung und die Ermordung ihrer Aktivisten und die Vernichtung der „Volksfeinde“, sondern auf die Erstickung jedes freien, autonomen politischen Lebens. Ihr gegenüber hat die Militanz der Linken wesentlich den Charakter der Selbstverteidigung.

Die Trennung zwischen sozialer Lage und politischer Artikulation wirkt besonders niederträchtig bei der Wiederholung des mehrfach widerlegten Irrtums, die Arbeitslosen hätten den Aufstieg der Nazis mit Stimmen befördert. In den großen Erzählungen der deutschen „Eliten“ richten eben immer die Ärmsten und Ohnmächtigsten das größte Unglück an. Sie essen falsch, sie lieben falsch, sie wählen falsch. In den großen Erzählungen der deutschen „Eliten“ werden immer nur die Wehrlosesten verhöhnt und die Hungrigen als „Hans Wurste“ lächerlich gemacht. Immer sind die Niedrigsten die größten Betrüger und bekommen komische Indianernamen. Sie heißen „Florida-Joe“ oder „Karibik-Klaus“, aber niemals Josef Ackermann oder Klaus Zumwinkel.

4.3 Nazi-Diktatur und Weltkrieg

Die blinden Flecken auf Plakat 10 setzen sich fort in der Darstellung des Faschismus an der Macht und des Wegs in den Krieg. Auf Plakat 11 ist die Rede vom „rasanten Aufbau der totalitären Diktatur“. Es wird suggeriert, dies hätten die Extremisten von rechts allein bewerkstelligt.

Verschwiegen wird Hitlers Rückversicherung bei den Befehlshabern von Heer und Marine am 03. Februar 1933, die er dadurch gewann (wenn dies überhaupt noch nötig gewesen sein sollte), dass er ihnen die Ausrottung von Marxismus und Pazifismus, die Beseitigung der Demokratie, die

Militarisierung des Lebens, den Kampf gegen Versailles und – mit Aussicht auf den „Lebensraum im Osten“, inklusive Rittergüter für die Generäle – einen neuen Krieg versprach, der den versammelten Militärs ungeahnte Karrieremöglichkeiten eröffnen sollte.

Verschwiegen wird Hitlers Treffen mit führenden Industriellen am 20. Februar 1933. Nach den Märzwahlen werde der Kommunismus endgültig zerschlagen, die Wahlen würden die letzten in Deutschland sein. Damit gab er den Anwesenden zu verstehen: Es wird für euch billiger, es muss nur noch eine Partei geschmiert werden. Man solle daher eifrig spenden. In der Tat wurden von den ca. 20 anwesenden Industriellen 3 Millionen RM eingesammelt (allein von der mit vier Vertretern anwesenden IG Farben sollen 10% der Summe spendiert worden sein). Ausschlaggebend für diese ungewöhnliche Großzügigkeit dürfte vor allem die Aussicht auf eine profitable Zukunft ohne „Marxismus“ und mit Krieg gewesen sein. Hitler hat seine Spender in den kommenden Wochen nicht enttäuscht, sondern pünktlich geliefert: Zerschlagung der KPD (28.02.1933), Zerschlagung der Gewerkschaften (02.05.1933), Verbot der SPD (22.06.1933) und danach Selbstauflösung der bürgerlichen Parteien. Die neuen Verhältnisse eines von niemanden gefährdeten „Herr im Haus“-Status der Unternehmer (ohne Betriebsräte, ohne Gewerkschaften, ohne Wirtschaftsdemokratie) werden – damit hatte es ja nun ein bisschen Zeit – ratifiziert im Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20.01.1934. Es konkretisierte die faschistische „Volksgemeinschaft“, indem es die Unternehmer zu „Betriebsführern“ ermächtigte und die Arbeiter zur „Gefolgschaft“ verdonnerte.

In P 12 „Kurs auf einen neuen Krieg“ finden sich weder Hinweise auf die Kriegsplanung (wer formulierte den Vierjahresplan 1936?) noch auf die Kriegsziele. Die Bundesstiftung Aufarbeitung meint zwar in ihrem Internetauftritt: „Zielstrebig bereiten sie [die Nazis] einen neuen Krieg vor. […] 25 Jahre nach Ausbruch des 1. Weltkriegs entfesselt Deutschland 1939 mit dem Überfall auf Polen den 2. Weltkrieg, den es im Osten als Vernichtungskrieg führt“, aber so eindeutig ist die Ausstellung selbst nicht! Dort endet die Geschichtserzählung auf dem genannten Plakat im letzten Satz des Erzählteils so: „Die Sowjetunion sah sich isoliert und suchte das Bündnis mit dem ideologischen Erzfeind. […] Die Annäherung der Diktatoren [Hitler und Stalin] ebnete den Weg in den Krieg.“ Zwei Kriegsentfessler oder –ebner sind doch irgendwie praktischer als nur einer – rein „geschichtspolitisch“ gesehen und nach Maßgabe der „von uns proklamierten Sicht“.

Es ist empörend, dass einen die Manipulationen, Verfälschungen und Halbwahrheiten dieser Ausstellung dazu zwingen, Fakten zu reproduzieren, die man in jedem halbwegs brauchbaren Schulbuch nachlesen kann. Daher zu diesem Teil der Ausstellung noch zwei nicht-triviale Hinweise:

Erstens: Im Blick auf die Kriegsziele („Lebensraum im Osten“) und im Blick auf die Kriegsführung (Vernichtungskrieg) gibt es Diskontinuitäten zum Kaiserreich im Ersten Weltkrieg. Anders verhält es sich mit den Nachkriegsplanungen für Europa. Aus der Fülle von Dokumenten, die Reinhard Opitz 1977 zu den „Europastrategien des deutschen Kapitals“ gesammelt hat (187 auf über 1000 Seiten), sei hier ein Dokument exemplarisch zitiert:

„Die Einigung Europas, die sich in der Geschichte bereits seit längerem abzeichnet, ist eine zwangsläufige Entwicklung. Die ungeahnten Fortschritte der Technik, die Schrumpfung der Entfernungen infolge der modernen Verkehrsmittel […] und der Zug der Zeit, weite Zusammenhänge zu schaffen und große Räume gemeinsamer Erzeugung und Bewirtschaftung herzustellen, nötigen Europa zum engeren Zusammenschluss. Europa ist zu klein geworden für sich befehdende und sich gegenseitig absperrende Souveränitäten. […] [Es besteht das] Ziel einer europäischen Zollunion und eines freien europäischen Marktes […] und feste innereuropäische Währungsverhältnisse mit dem späteren Ziel einer europäischen Währungsunion. […] Die Führung der Achsenmächte in Europa ist eine Tatsache, die sich aus den politischen Gegebenheiten von selbst ergibt. Einer besonderen Verankerung in der Verfassung des [Europäischen] Staatenbundes bedarf sie, um sich auszuwirken, nicht. Ob und in welcher Form dieser Tatsache in der Verfassung des Bundes formaler Ausdruck verliehen wird,

ist eine Frage, die nach Zweckmäßigkeitsgründen beurteilt werden muss.“ (Entwurf einer Denkschrift des Auswärtigen Amtes über die Schaffung eines „Europäischen Staatenbundes“, 09. September 1943, in: Reinhard Opitz 1977, S. 957, 965 f.)

Zweitens: In Ländern, in denen keine oder nicht so schlimme „Blutlinien“ die sozialdemokratischen und die kommunistischen Parteien trennten wie in Deutschland, kam es zu Formen der Kooperation, die die Demokratie gerettet oder ihren zeitweiligen Untergang hinausgezögert haben. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, gehört die herablassende Abfertigung der französischen Volksfront zu den schäbigeren Teilen dieser Ausstellung. Zu erwähnen wäre hier auch, dass die Kommunistischen Parteien an der Spitze des jeweiligen Widerstandes gegen die Nazi-Okkupanten standen und dort auch mit Teilen des Bürgertums zusammenarbeiteten.[14] Selbstverständlich gehören sie nach 1945 in diesen Ländern zum „Verfassungsbogen“. Verboten waren die KPen nach 1945 in Westeuropa in den faschistischen Restdiktaturen Spanien und Portugal sowie nach dem Bürgerkrieg und während der Militärdiktatur in Griechenland – und in der BRD, die auf diese Gesellschaft stolz sein kann. Was hier für den Rahmen einzelner Länder gesagt wurde, gilt natürlich auch für die Gesamtkonstellation des Zweiten Weltkrieges. So wie in dieser Ausstellung die Oktoberrevolution nicht benannt wird[15], so wird auch die Anti-Hitler-Koalition nicht genannt. Gewiss, es gibt den lapidaren Satz auf P16: „Es bedurfte des Bündnisses so ungleicher Partner wie der Sowjetunion im Osten und den USA und Großbritannien im Westen, um das nationalsozialistische Deutschland von außen niederzuringen.“ Man freut sich sogar, dass er nicht relativiert und zurückgenommen wird. Man kann diesen Sachverhalt auch anders kommentieren, aber vielleicht sind wir wieder so weit, dass man dafür aus einem Land kommen muss, in dem U-Bahn-Stationen den Namen „Stalingrad“ tragen, oder man gehört zu denen, die von den Nazis aus ihrer Heimat vertrieben wurden, wie Eric Hobsbawn, der sich gegen den Titeldiebstahl der Ausstellungsmacher nicht mehr wehren kann: „Nur die temporäre und bizarre Allianz von liberalem Kapitalismus und Kommunismus, zur Selbstverteidigung gegen den faschistischen Herausforderer, rettete die Demokratie; denn Hitlers Deutschland wurde und konnte im wesentlichen nur durch die Rote Armee besiegt werden. In vielerlei Hinsicht war diese Periode der kapitalistisch-kommunistischen Allianz gegen den Faschismus – vor allem in den dreißiger und vierziger Jahren – der Dreh- und Angelpunkt und das entscheidende Moment in der Geschichte des 20. Jahrhunderts.“ (Hobsbawm 1998, S. 22) Das ist natürlich nicht die „von uns proklamierte Sicht“.

4.4 „Freiheit vs. Tyrannei“ ist nicht gleich „Demokratie vs. Diktatur“– Liberale Demokratieskepsis und Totalitarismustheorie

Die Ausstellung, so die Eigenwerbung auf der Internetseite der Bundesstiftung Aufarbeitung, „erzählt Europas 20. Jahrhundert als dramatische Geschichte zwischen Freiheit und Tyrannei, zwischen Demokratie und Diktatur“. Läse man die beiden Antithesen Freiheit vs. Tyrannei und Demokratie vs. Diktatur als wechselseitige Paraphrasen, säße man einer Fehllektüre auf. Vielmehr gibt es gute Gründe, in der Antithese Freiheit vs. Tyrannei das übergeordnete, aber in der Latenz gehaltene Dispositiv der Ausstellung zu sehen. Die Opposition von Demokratie und Diktatur ist ihm untergeordnet.

Erinnern wir uns an die geschichtsmächtige Denkschrift des RDI aus dem Jahr 1929: Die „Freiheit des Unternehmertums“ müsse wiederhergestellt, „die freie Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte“ durchgesetzt werden gegen die Zwänge des „Fürsorgestaates“, gegen die ausufernde progressive Besteuerung der Reichen (Spengler sprach 1933 von „Steuerbolschewismus“) und andere Übel. Da diese ‚Zwänge‘ aber nicht vom Himmel fallen, sondern viel mehr ‚von unten‘ kommend die Bedürfnisse der ‚Habenichtse‘ artikulieren, deren „Mehrheitswünsche“ den Ausbau des gleichmacherischen Sozialstaates antreiben, muss deren Einfluss auf politische Entscheidungen ausgeschaltet werden, sei es, dass man jene Institution, in der sich qua fatalem Repräsentationsprinzip

„Mehrheitswünsche“ am wenigsten gefiltert geltend machen können, das Parlament, den Reichstag, entmachtet, sei es, dass man gleich gesellschaftlichen Pluralismus, Parteien und Demokratie vollständig abschafft.

Demokratie als Tyrannei der Mehrheit zu diffamieren – gibt es in einem anderen Land außer Deutschland den grotesken Begriff des „Parlamentsabsolutismus“? – und sie im Namen der Freiheit einzuschränken oder abzuschaffen, freilich im Namen einer privilegierten Freiheit, kennzeichnet bürgerliche Herrschaft von Beginn an. Das gilt nicht nur für Deutschland, wo es der liberalen Bourgeoisie niemals gelang, von sich aus die politische Macht zu erobern und eine bürgerliche Republik zu etablieren. Stattdessen überließ sie die Exekutive dem Adel und gab sich mit der Gewährung von Gewerbefreiheit, persönlicher Freiheit und Rechtsgleichheit sowie dem Budgetrecht in ansonsten kaum entscheidungs- und handlungsmächtigen Parlamenten zufrieden. Aber auch für die revolutionäre Bourgeoisie Frankreichs gilt, dass sie sich nur kurzzeitig und in äußerster Not das allgemeine Wahlrecht (für Männer) abtrotzen ließ und auch dann noch unbeirrt am Gewerkschaftsverbot festhielt (Le Chapelier-Gesetz vom 14.6. 1791), weil sie in Gewerkschaften eine ‚zunftmäßige‘ Organisation der Arbeitskraft, also einen Eingriff in die Marktfreiheit sah.

Nicht nur die europäischen Monarchien, auch die europäischen Republiken und das politische System der USA beruhten auf dem Ausschluss ganzer Bevölkerungsgruppen von politischen Partizipationsrechten: Frauen, Arme, Sklaven (Südstaaten der USA mit fortdauernder rechtlicher Diskriminierung bis in die 1960er Jahre), Indigene und Kolonisierte. Zu Recht spricht Domenico Losurdo mit Blick auf die Republiken dieser Zeit von einer „Herrenvolkdemokratie“ (2008). In Deutschland bedurfte es einer von Arbeitern durchgeführten Revolution, um das allgemeine Wahlrecht, das Frauenwahlrecht und die Anerkennung von Gewerkschaften als Tarifpartner durchzusetzen.

Der englische Soziologe Thomas H. Marshall hat den hier deutlich werdenden Konflikt zwischen kapitalistischer Ökonomie und bürgerlichen Interessen auf der einen und politischer Demokratie auf der anderen Seite in seinem berühmten Drei-Jahrhundert-Schema der Menschenrechte abgebildet: Die Menschenrechte in der Fassung des 18. Jahrhunderts bestanden im Wesentlichen in den klassischen Abwehrrechten, den Rechten persönlicher Freiheit. Im 19. Jahrhundert kamen, getragen von Teilen der Bourgeoisie, vor allem aber der Arbeiterbewegung, politische Teilhaberechte hinzu (die Kämpfe um die Erweiterung des Wahlrechts und die Anerkennung von Gewerkschaften und Arbeiterparteien), im 20. Jahrhundert schließlich die sozialen Anspruchsrechte (Marshall 1992). Jeder Entwicklungsschub war von heftigen Friktionen begleitet, jedes Mal beschworen die Ideologen des Bürgertums den Untergang des Abendlandes herauf. Jürgen Habermas hat darauf hingewiesen, dass keineswegs nur im „Extremfall“, sondern im „Normalfall […] die Verwirklichung anspruchsvoller Verfassungsgrundsätze mit universalistischem Gehalt ein langfristiger, historisch keineswegs geradlinig verlaufender, vielmehr von Irrtümern, Widerständen und Niederlagen gekennzeichneter Prozess ist“ (Habermas 1985, S. 87).

Der Gegensatz zwischen Kapitalismus und Demokratie, den die Ausstellung dadurch verdrängt und verschweigt, dass sie das Bürgertum und seine Interessensorganisationen aus ihrer „dramatischen Geschichte“ herausnimmt, ist aber nichts, was die Praktiker der Klasse in Widerspruch zu ihrer hehren Ideologie der Freiheit und Gleichheit brächte, sondern dieser Gegensatz wird immer schon von den liberalen Denkern mitgedacht – und gerechtfertigt. Im 20. Jahrhundert hat darauf schon bald nach 1933 Herbert Marcuse in seinem heute noch lesenswerten Aufsatz „Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung“ aufmerksam gemacht. Im Blick auf das Interesse an der Aufrechterhaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung und im Blick auf ihre ideologische Interpretation gebe es eine „bedeutsame Übereinstimmung“ zwischen Liberalismus und

Antiliberalismus: Für beide Varianten bürgerlicher Ideologie bildeten „die freie Verfügung des individuellen Wirtschaftssubjekts über das Privateigentum und die staatlich-rechtlich garantierte Sicherheit dieser Verfügung“ „die einheitliche Grundlage“. „Alle ökonomischen und sozialen Forderungen des Liberalismus sind wandelbar um dies eine stabile Zentrum – wandelbar bis zur Selbstaufhebung.“ (Marcuse 1968, S. 25, 22) Marcuse belegt diese These mit Äußerungen Ludwig von Mises', der dem Faschismus und „allen ähnlichen Diktaturbestrebungen“ 1927 attestiert hatte, „für den Augenblick die europäische Gesittung gerettet“ zu haben. „Das Verdienst, das sich der Faszismus damit erworben hat, wird in der Geschichte ewig fortleben.“ (Zit. nach Marcuse, S. 23) Mit Losurdo, dessen ideologiegeschichtliche Untersuchungen zum Liberalismus auf einer deutlich breiteren Quellenfundus ruhen (2008, 2010), könnte man noch weitere Äußerungen der Helden des (Neo-)Liberalismus beibringen: „Wer gegen die Reichen auftritt, wer immer wieder das Ressentiment der Wenigerbemittelten zu erwecken sucht, kann auf großen Zulauf rechnen. Die Demokratie schafft nur die günstigsten Bedingungen für die Entfaltung dieses Geistes, der verborgen immer und überall vorhanden ist. Das ist die Klippe, an der alle demokratischen Staatswesen bisher zugrunde gegangen sind.“ (von Mises 1922, zit. bei Losurdo 2008, S. 283) Friedrich August von Hayek, Schüler und Mitarbeiter von Mises', fasst diesen Gedanken etwas abstrakter: Ab 1848 habe die „ ‚soziale' oder totalitäre Demokratie“ ihren verhängnisvollen Kampf gegen die „liberale“ (d.h. die Reichen durch Verweigerung des Wahlrechts für die Armen schützende) „Demokratie“ begonnen. Gemeint ist natürlich nicht die an der Angst des deutschen Bürgertums vor dem Proletariat gescheiterte Revolution in Deutschland, sondern die Februarrevolution in Frankreich, in der die Arbeiter eine auf direktem und allgemeinem Wahlrecht basierende Republik schufen und – Achtung! Totalitarismusalarm! – vermittels so genannter Nationalateliers, staatlicher Werkstätten, das Recht auf Arbeit durchzusetzen versuchten (vgl. – zu Letzterem durchaus kritisch – Marx 1850). Hayeks Fazit aus seiner Reflexion der Dichotomie von (liberal verstandener) Freiheit und der Tyrannei der „sozialen“ und daher totalitären Demokratie im 19. Jahrhundert lautet: Die Gewährung politischer Gleichheit in Form des allgemeinen Wahlrechts kann nur bedingt erfolgen und muss gegebenenfalls aus Gründen der Opportunität, das heißt der Sicherung der Privilegien der Privateigentümer an Produktionsmitteln, zurückgenommen werden. „Die Demokratie […] ist kein letzter oder absoluter Wert und muss danach beurteilt werden, wie viel sie bewirken wird.“ (Zit. bei Losurdo 2008, S. 305) Während die privilegierte Freiheit zum obersten Wert und Angelpunkt aller politischen Entscheidungen geadelt wird, wird aus der Demokratie ein Herrschaftsinstrument, dessen Wert einem politischen Nutzenkalkül unterliegt. Manchmal ist sie ein Standortvorteil, manchmal ein Standortnachteil.

Geht man dem Erbe dieser Theorie der Freiheit nach bis zu dem Punkt, an dem Milton Friedman das von den Vätern von Mises und von Hayek Ererbte in ein wirtschafts- und finanzpolitisches Regime umsetzte, geht man über Wien, London, New York und Chicago den liberalen Phrasen von *Kapitalismus und Freiheit* nach bis zu dem Punkt, wo sie 1973 in Santiago de Chile blutig verkörpert wurden, in den Leichen der von den Putschisten um den Schlächter Pinochet ermordeten Demokraten, in den Körpern der Gefolterten, in den hungernden Opfern der neoliberalen Wirtschaftspolitik, mit der die Chicago Boys Chile in einer „Schocktherapie“ umkrempelten, kann man gewahr werden, wie es um diese Freiheit bestellt ist. Die FAZ, die damals, nach dem 11.09.1973, den in den Trümmern des Präsidentenpalastes ums Leben gekommenen gewählten Präsidenten des Landes mit dem Büttenreim „Allende am Ende“ verhöhnte, lobte die Putschisten, als seien es deutsche Soldaten, die ‚unseren' Weg zur Weltgeltung frei schießen: „Im Augenblick der höchsten Gefahr konnten sich die Streitkräfte ihrer Verantwortung nicht mehr länger entziehen.“ (Zit. nach Chile. Ein Schwarzbuch 1974, S. 95, vgl. auch Klein 2009, S. 39-182) Dieses Lob basierte auf der Rechtfertigung, die Putschisten hätten die „Essenz der Verfassung“ gerettet. Die existierende Verfassung und die existierende Demokratie werden in den Staub getreten im Namen einer höheren, übergeordneten und gleichermaßen handfesten wie imaginären Instanz, die das herrschende Interesse eben „Essenz der Verfassung“ nennt. Wäre das

Spiel nicht so blutig, könnte man lachen über die verquere bürgerliche Imitation der Dialektik, in der die Sprache so lange auf die Folterbank gespannt wird, bis ihre Glieder zerreißen, durcheinanderpurzeln und aus Demokratie Tyrannei wird und Freiheit sich zu Diktatur gesellt.

Nach dem bisher Entwickelten kann man nun leichter begreifen, dass das, was nach der aktuellen Fortschreibung der Totalitarismus- in einer so genannten Extremismustheorie als Extremismus zu gelten hat, nicht nur ausgemachter Blödsinn ist. Hinter dem manifesten Unsinn zeichnet sich ein latenter Sinn ab. Wie Uri Geller weiland die Löffel, biegen Uwe Backes vom Dresdner Hannah-Arendt-Institut und Eckhard Jesse, Professor für Politikwissenschaft an der Universität in Chemnitz, die Gegensätze, bis diese ein Hufeisen bilden, das sie jedem Denkenden an den Kopf werfen:

„Der Begriff des politischen Extremismus soll als Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen fungieren, die sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte und Spielregeln einig wissen, sei es, dass das Prinzip menschlicher Fundamentalgleichheit negiert (Rechtsextremismus), sei es, dass der Gleichheitsgrundsatz auf alle Lebensbereiche ausgedehnt wird und die Idee der individuellen Freiheit überlagert (Kommunismus), sei es, dass jede Form von Staatlichkeit als ‚repressiv' gilt (Anarchismus)." (Backes, Jesse 1996, S. 45)

Klammern wir zunächst einmal den Anarchismus aus: Während man ‚Negieren' und ‚Ausdehnen' noch als sowohl ideologische als auch praktisch-gegenständliche Tätigkeiten verstehen kann, wird der Anarchismus schon als völlig praxislose Tätigkeit, als Gesinnungsdelikt kriminalisiert. Wahrscheinlich brächten es diese Leute fertig, hätten sie die Macht, von der sie träumen, jemandem wie Noam Chomsky auf eine Zeitungsüberschrift hin („Jeder sollte ein Anarchist sein!", FR vom 24.01.2014) die Einreise nach Deutschland genauso zu verweigern, wie der liberale Innenminister Genscher 1972 ein Einreiseverbot gegen den belgischen Juden und Marxisten Ernest Mandel verhängte, der als Professor für politische Ökonomie an die Freie Universität Berlin berufen werden sollte. Man sollte sie zu einer Woche Hobbes-Lektüre verdonnern: Kein Rechtsstaat ohne Staatsgewalt, die den Gesetzen notfalls mit Gewalt Geltung verschaffen kann. Gewalt ist die ultima ratio jedes Staates, selbst wenn dieser nicht nur aus repressiven, sondern auch aus ideologischen und – das ist jetzt schon wieder totalitär – aus ökonomischen Staatsapparaten besteht.

Die Absurdität der Gleichsetzung von links und rechts wird hier erneut offenkundig: Die Rechte will zu wenig Gleichheit, nämlich gar keine, die Linke will zu viel Gleichheit. Was hier als biedere bürgerliche Nachahmung des aristotelischen Konzepts der tugendhaften Mitte daherkommt, öffnet in Wirklichkeit der Willkür Tor und Tür, denn es ist immer der Standpunkt des bornierten bürgerlichen Eigentümerinteresses, der festlegt, wo der Gleichheitsgedanke, also die gleiche Berücksichtigung der Interessen aller, überdehnt wird. Die Überdehnung wird zu einem Kontinuum und es ist nur eine Frage der Opportunität, wie wir oben gesehen haben, ob nur die radikale Linke damit als extremistisch diffamiert werden soll oder ob bereits die Propagierung des Sozialstaatsgedankens und der politischen, staatsbürgerlichen Gleichheit als politisches Verbrechen denunziert wird.

Genau diese Abwehr der sozialen und latent oder manifest auch immer der politischen Gleichheit, der sozialen Demokratie, in der Massen nicht nur Manipulationsobjekte, sondern Subjekte sind, die zu ihrem Recht kommen können[16], vereint Liberalismus und Faschismus. Und diese Verwandtschaft im Geiste erklärt auch, warum es in der Ausstellung neben der dominanten Gleichstellung von links und rechts auch noch das Feld feiner Distinktionen gibt.

So ist die ungarische Räterepublik vom März bis Juli 1919, obwohl quasi im Auftrag der bürgerlich-sozialdemokratischen Vorgängerregierung unblutig installiert und aufgrund der Einsicht ihrer Führung in die durch die Militärintervention aussichtslose Lage der Republik durch Übertragung der

Regierungsgewalt an eine gewerkschaftlich-sozialdemokratische Regierung aufgelöst, eine „Räte**diktatur**“, denn sie beging das unverzeihliche Verbrechen, Betriebe über 20 Beschäftigte, die Banken und die Mietshäuser zu verstaatlichen, den Großgrundbesitz aufzulösen und das enteignete Land zu kollektivieren sowie – auf dem Plakat nicht erwähnt, es wäre ja auch zu viel – Wohnungslose in den Villen der Bourgeoisie unterzubringen und so vielen Menschen wie noch nie zuvor in der ungarischen Geschichte das Wahlrecht zu geben (P 6)[17]. Hingegen kommt die von dem Adligen Miklós Horthy errichtete faschistische Diktatur als „**autoritäres Regime**“ vergleichsweise sehr gut weg (ebd.). Auf einer Bildunterschrift kommt zwar noch das Attribut „antisemitisch“ hinzu, Näheres wird aber nicht mitgeteilt. Hier ein paar Fakten: In dem im August 1919 entfachten Terror gegen die Protagonisten der Räterepublik kam es zu 5000 Morden, 70000 Inhaftierungen und zur Vertreibung von 100 000 Menschen ins Exil – Pinochet kann da 52 Jahre später nicht ganz mithalten. Zum Antisemitismus: Den 1939 eingerichteten Arbeitsdienst für jüdische Männer überlebten 42000 Männer nicht. Als der von Horthy eingesetzte Regierungschef Kállay im März 1944 versuchte, aus dem Krieg an der Seite Deutschlands auszusteigen, weil sich die Niederlage der Achsenmächte von Tag zu Tag deutlicher abzeichnete und die ungarischen Schlächter kalte Füße bekamen, besetzten deutsche Truppen das Land. Horthy blieb Reichsverweser und installierte eine Kollaborationsregierung. Von den 1941 725000 ungarischen Juden wurden in den folgenden Monaten zunächst nahezu alle auf dem Land lebenden Juden nach Auschwitz deportiert. Als Horthy am 7. Juli 1944 die Deportationen stoppen ließ, waren bereits – unter seiner Mitverantwortung – 435000 Juden nach Ausschwitz deportiert und dort umgebracht worden.[18] Dennoch verharmlost die Ausstellung diesen Terrorapparat als „autoritäres Regime“.

5. „Herausforderung“ für die „neue visionäre Kraft“ der „europäischen Idee“ (Plakat 26)

Die friedlichen Revolutionen „verliehen der europäischen Idee eine neue visionäre Kraft, die mit der EU-Osterweiterung einen weiteren Höhepunkt erreichte. Das europäische Bewusstsein blieb gleichwohl hinter dem rasanten politischen und ökonomischen Integrationsprozess zurück. […].Nur mit Mühe fand die Europäische Union in die Rolle als Friedensmacht […]. Und noch fehlt es ihr an Konzepten, um der wachsenden Europaskepsis zu begegnen, die von der aktuellen schweren Finanzkrise befeuert wird und neuem Nationalismus und Protektionismus Vorschub leistet.“ Zu einem „geeinten und sozialen Europa“ gibt es keine Alternative (P 26).

Diese nur mit einer kleinen Prise Skepsis versehene Poesie stößt sich so grotesk an der Prosa der Wirklichkeit, sie ist so meilenweit entfernt nicht nur vom Expertenbewusstsein, sondern vom Alltagsbewusstsein von Millionen Menschen, dass sich eine aufwändige Widerlegung erübrigt. Hier nur ein paar knappe Anmerkungen

1. Der „Höhepunkt“ der EU-Osterweiterung hat die – verschwiegenen – Disproportionen des ‚rasanten Integrationsprozesses‘ vertieft und der alten europäischen Peripherie im Süden eine neue im Osten hinzugefügt. Im Unterschied zu allen Beitrittsrunden zuvor war die Einbindung der mittel- und osteuropäischen Länder in den „acquis communautaire“ der EU „asymmetrisch“, d.h. diskriminierend. Selbst eine Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung räumt ein, dass die Anwendung der Kopenhagener Kriterien auf die mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten „deutlich paternalistische Züge“ getragen habe (Informationen zur politischen Bildung Nr. 279, S. 51). Das zeigen die restriktive Handhabung der Freizügigkeitsregeln, vor allem aber auch Benachteiligungen bei den Beihilfen für die Landwirtschaft und in der Strukturpolitik (Wehr 2012, S. 69-80).

2. Nun kann man natürlich einwenden, dass die für den Beitritt entscheidenden Bevölkerungsgruppen in der ihnen angebotenen „privilegierten Peripherisierung“ und

„gesteuerten Transformation“ unter dem Patronat der EU-15 (Neunhöffer/Schüttpelz 2002, S. 377 ff.) die beste aller ihnen zur Verfügung stehenden Alternativen sahen. Gleichzeitig aber war dieser „Höhepunkt“ mit einer deutlichen Niederlage für die europäischen „Eliten“ verbunden. Am 29.10.2004 wurde in Rom der Entwurf eines Verfassungsvertrages von den Staats- und Regierungschefs der EU unterzeichnet. Das hätte ein weiteres Gedenkdatum in der „dramatischen Erzählung“ vom langen 20. Jahrhundert werden können, wäre der Vertrag nicht, nachdem ihn zunächst ein spanisches Referendum befürwortet hatte, an den Referenden in Frankreich und in den Niederlanden gescheitert. Dieses Votum richtete sich vor allem gegen die monetaristische Wirtschaftspolitik der EU und – in zweiter Linie – gegen die im Vertragsentwurf festgeschriebene Verpflichtung der Mitgliedsstaaten zu stetiger Aufrüstung (siehe Art. III-70 – III-90 und Art. I-40-3 des Entwurfes) und war in Frankreich ein typisches „class vote“: Bei einem Monatseinkommen unter 1500 Euro pro Haushalt stimmten mehr als 75% mit Nein, während ab einem Einkommen von 3500 Euro überwiegend mit Ja gestimmt wurde. 80% der Industriearbeiter und der Erwerbslosen stimmten mit Nein, 85% der höheren Angestellten und Manager hingegen mit Ja. Das könnten die Ausstellungsmacher mit feiner Arroganz als Beleg für zurückgebliebenes Bewusstsein werten. Aber während die Bürger in Deutschland den Verfassungsentwurf kostenpflichtig z.B. bei der Bundeszentrale für politische Bildung bestellen mussten, wurde er in Frankreich an die Haushalte verteilt. Dies und die polarisierte Atmosphäre vor dem Referendum führten zu einer großen Informiertheit der Bevölkerung: 12% der Franzosen gaben an, den Verfassungsvertrag ganz, 46% gaben an, ihn auszugsweise studiert zu haben. Das könnte man eine aufgeklärte Öffentlichkeit nennen.

3. Richtig benennt die Ausstellung die Gefahr, dass „Europaskepsis“ unter dem Schatten der „Finanzkrise“ zu einem „neuen Nationalismus“ führt. Auch hier zeigen sich die für die „Erzählung“ der Ausstellung typischen Merkmale der Vernebelung und Verschiebung. Erstens ist es sinnvoll, zwischen zwei aufeinander folgende Krisen zu unterscheiden. Finanzkrise I hat aufgrund der Krisenpolitik der Bankenrettungen zu einem sprunghaften Ansteigen der Staatsverschuldung der Staaten der EU geführt (von europaweit durchschnittlich 65% des BIP 2007 auf 90% 2012). Daraufhin wurden die Staaten der Peripherie zur Zielscheibe von Zinsdruck und zum Objekt von Spekulationen – Auslöser von Finanzkrise II (= Euro-Krise), die ihre Wucht freilich nur auf dem Boden der andauernden und verfestigten Disproportionen der europäischen Ökonomie, der chronisch negativen Handelsbilanzen und schuldenbasierten Ökonomie der Krisenländer als Ursache entfalten konnte (vgl. Wehr 2011, S. 11-33). Die – zweitens – vom „Zentrum“ bzw. dem „Kern“ oder von den „Kernländern“ aufgespannten „Rettungs“-Schirme (ESFS, ESM) haben aufgrund ihrer zerstörerischen Wirkung nicht nur faschistische Tendenzen in der Peripherie befördert oder den verharmlosend „Rechtspopulismus“ genannten Wohlstandschauvinismus der tatsächlich oder auch nur gefühlt zu kurz Gekommenen aller Klassen und Schichten der Zentren, die glauben, sie seien die „Zahlmeister“ für „faule Griechen“, wo doch das, was beschönigend „Hilfe“ genannt wird, nur ihre Banken aus der Gefahrenzone rückt und eine Kreditlinie durch ein andere ersetzt, für die dann nur noch die betroffenen Staaten haften. Nur von dieser nationalistischen Gefahr zu reden, heißt jedoch, die Gefährdungen der Demokratie, die vom Zentrum der Macht (und nicht von der Wut der Ohnmächtigen) ausgehen, aus dem Sichtfeld zu nehmen (Verschiebung). Dabei betrifft die Untergrabung der Demokratie nicht nur die Schuldnerstaaten, deren Parlamente, wenn es hochkommt, nur noch darüber zu befinden haben, mit welchen Maßnahmen sie die Spardiktate der Troika umsetzen wollen, sondern auch das politische System der Gläubiger-Staaten. Während jene faktisch zu Protektoraten herabgesunken sind, befinden sich diese an der Schwelle zur „Postdemokratie“[19]. Das ist nicht nur ein Befund der linken Seite der Öffentlichkeit (exemplarisch hier Urban 2011), sondern auch ein bisweilen bis

in den „Mainstream“ vordringendes und nicht nur von unbeirrbaren Demokraten wie Heribert Prantl wach gehaltenes Unbehagen an dem von Vertretern der Exekutive erhobenen Anspruch des „Durchregierens“ (Merkel) und beschleunigter „marktkonformer“ Entscheidungen trotz des Budgetrechts des Parlaments (nochmals Merkel). Auch Herfried Münkler lässt sich hier nicht lumpen: „Das Parlament nickt nur noch ab, was von der Exekutive unter dem Druck der Börsen und Rating-Agenturen verkündet worden ist. Europäische Union und Euro [?] […] wirken mit an der Marginalisierung der nationalen Parlamente.“ (Münkler 2012) Münkler, der zu recht auf die demokratiegefährdende Wirkung der ständigen Verkündigung der Alternativlosigkeit der herrschenden Politik hinweist, scheint diesen Demokratieabbau für unaufhaltsam zu halten. Der „Vorrang der Regierung gegenüber dem Parlament“ werde „zum Regelfall, während die Partizipationsbereitschaft der Bürger weiter schwindet. […] [W]as wir beobachten, ist das allmähliche Ende der parlamentarischen Demokratie.“ (Ebd.) Dieses Ende droht nicht von den Rändern, sondern es wird von der ‚Mitte‘, den ökonomischen und politischen „Machteliten“ betrieben.

4. Die Europäische Union, sagen uns die Ausstellungsmacher, habe sich nur mit Mühe, aber schließlich dann doch in die „Rolle als Friedensmacht“ gefunden. Gemeint ist natürlich Europas Rolle als militärische Weltmacht. Bei diesem verbalen Säbelrasseln konnte man bisher entspannt bleiben. Mit der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) war es nicht weit her. Das lag nicht an der Friedfertigkeit der Kernländer, sondern an ihren unterschiedlichen Interessen, an der Jahr für Jahr deutlicher werdenden Konkurrenz zwischen ihnen. Aus der Partnerschaft Frankreich – Deutschland sind zwei sehr ungleiche Mächte hervorgegangen. Während Deutschland seit 1990 kontinuierlich seinen osteuropäischen Hinterhof ausbaute und einen Handelsbilanzüberschuss nach dem anderen verbuchte, verlor Frankreich in Mittel- und Osteuropa seine traditionellen Partner, die Auslandsinvestitionen seiner Konzerne spielten dort kaum noch eine Rolle, ein stattliches Handelsbilanzplus von 39 Mrd. Euro 1999 verwandelte sich in ein Handelsbilanzdefizit von 43 Mrd. Euro 2009 und der geplante Ausbau eines südlichen Hinterhofs, um mit Deutschland gleichzuziehen, Sarkozys „Mittelmeer-Union“, wurde ein Flopp. Frankreichs Versuche, ökonomische Schwächen durch die Inszenierung außenpolitischer Stärke zu kompensieren, ließ die deutsche Führung ins Leere laufen. EU-Militärmissionen in Afrika 2003 und 2006 im französischen Interessengebiet, der Demokratischen Republik Kongo, „wurden auf deutschen Druck hin nach wenigen Monaten pünktlichst beendet – ein Novum in der Geschichte von Militärinterventionen mit deutscher Beteiligung“ (Kronauer 2012). Aus demselben Grund hielt sich Deutschland aus dem Libyen-Krieg heraus. Das war kein „außenpolitisches Desaster Guido Westerwelles“ (s.o.), sondern eine wohl berechnete Entscheidung, die nichts mit der jetzt allseits beklagten „Machtvergessenheit“, gar „Friedensromantik“ zu tun hat oder sich personalisieren ließe.

   Diese Phase scheint jetzt zu Ende zu gehen. Das liegt zum wenigsten an der bellizistischen „Ruck“-Rede des Bundespräsidenten zur Eröffnung der 50. Münchner Sicherheitskonferenz am 31.01.2014, die lediglich eine Wiederauflage seiner Rede zum 03.10.2013 ist. Ruck-Reden deutscher Bundespräsidenten sind eine Marketing-Angelegenheit. Wenn sie zu bewegen scheinen, dann weil sie ein starkes Echo anderer sind, in diesem Fall „eines Projekts, das die – vom Kanzleramt finanzierte – SWP und der German Marshall Fund of the United States gemeinsam im November 2012 starteten und im September 2013 zu Ende brachten“ (Kronauer 2014, S. 10 f.) – in Gestalt eines großzügig formatierten, 42-seitigen Textes mit dem Titel „Neue Macht – Neue Verantwortung. Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch“ (SPW 2013). An der Erstellung des Papiers

„waren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Ministerien, Thinktanks und Stiftungen, Vertreter des BDI und der Daimler AG sowie Redakteure der FAZ und der Zeit beteiligt“ (Kronauer 2014), hinzu kommt eine lange Liste mehr oder weniger Prominenter. Kronauers Fazit seiner Lektüre: Die „Strategic Community“ mache mächtigen Druck, um eine von der „deutschen Führung“ bestimmte offensive Weltpolitik auf die europäische Agenda zu setzen. Dies sei die logische Konsequenz aus der Schwäche Frankreichs und der der USA. Selbst wenn die Tragweite dieser Veränderung im Kräfteverhältnis bei Weitem noch nicht geklärt ist: Was sich auf jeden Fall schon einmal geändert hat, ist der Ton. Volker Kauders „Jetzt wird in Europa wieder Deutsch gesprochen!“ auf dem Leipziger Parteitag der CDU im November 2011 klingt dissonant anders als die kleine staatsbürgerkundliche Märchenstunde, die Winfried Sträter, der Hörfunkherold der uns beschäftigenden Ausstellung, am 15.01.2014 im Deutschlandradio veranstaltete: „Die berühmt-berüchtigten Brüsseler Verhandlungsrunden sind der große Fortschritt, den Europa im letzten halben Jahrhundert erreicht hat: die konsequente Kompromisssuche auch auf Kosten der Nachtruhe. Wenn die Korrespondenten aus Brüssel berichten, dass wieder eine lange Verhandlungsnacht bevorstehe, dann ist das eine gute Nachricht. Europa kann seine Probleme nur am Verhandlungstisch lösen, und nur, *wenn alle etwas zu sagen haben, auch die kleinen Staaten*. *Das ist die Lehre von 1914*, die europäische Demokratie, die Frieden schafft.“ Wenn dies die Lehre von 1914 sein sollte, dann wird sie gegenwärtig von der „Strategic Community“ kräftig in den Wind geschlagen. Das kann man aus dem SPW-Papier und seinem Verstärker, den Reden des Bundespräsidenten, herauslesen. Bei der von Münkler bevorzugten sprachlichen Rohkost bedarf es noch nicht einmal dieses Aufwandes:

> Nach 1990 sei „die Mitte Europas mit Deutschland als Zentralmacht“ zurückgekehrt. „Das hat jetzt nichts mehr mit militärischen, sondern allein mit ökonomischen Gesichtspunkten zu tun. Aber die Verantwortung, die daraus resultiert, ist eine ganz ähnliche wie vor hundert Jahren. In der Mitte ist sehr viel mehr Klugheit notwendig als an den Rändern. Wenn Herr Venizelos irgendwelches populistisches Geschwätz absondert, kann er das tun, aber die Deutschen können es sich aufgrund ihrer Position nicht erlauben, in ähnlichem Ton zu reagieren. Sie müssen im Prinzip immer das Gesamtwohl Europas im Auge haben. Das ist gelegentlich sehr anstrengend.“ (FAZ, 24.01.2014, S. 35)

Das sind die Koordinaten: In der Mitte der solitäre Hegemon, das eigene Interesse und das von ihm definierte Gesamtwohl des Kontinents immer im Blick, sich ob der Anstrengung, das Imperium zu leiten, bisweilen selbst bemitleidend, – und an den Rändern die „PIIGS“[20] und ihre Schwätzer. Sie müssen noch nicht unbedingt den Rand halten, aber zu sagen haben sie nichts.

Dabei gäbe es noch einiges zu bereden, wenn die Autointoxikation an den recycelten Selbstermächtigungs - und Selbstbestätigungsfloskeln verfliegt und die „Strategic Community“, die gerade noch meinte, die „Rolle als Friedensmacht“ schließlich und endlich gefunden zu haben, auf dem Boden der Tatsachen landet und vielleicht auch wieder, falls vorhanden, vom Verstand Gebrauch macht[21]. „Deutschland“ hat – bei aller ökonomischen Stärke – nicht die Ressourcen für „weltpolitische Gestaltungskraft“ und ob es die anderen Länder bereitwillig als Hegemon anerkennen, ist auch noch lange nicht ausgemacht.

Deshalb kann man der „von uns proklamierten Sicht“ auf das Europa des 20. Jahrhunderts und das Europa von heute zumindest im Ausland, insbesondere in den von Deutschen gern be- und bereits heimgesuchten Ländern, eine große Verbreitung wünschen, gerne auch erweitert um die hierzulande nicht nachgefragten Exemplare der Ausstellung. Gelänge es zudem informierten und geschichtsbewussten Bewohnern der „Ränder“ (Münkler), die Ausstellung mit Hinweisen auf einschlägige Europapläne der stets verantwortungsbereiten deutschen

„Machteliten“ und um – sagen wir mal – zwei Münkler-Interviews in der jeweiligen Landessprache zu ergänzen, könnte man sogar ohne großes Risiko auf eine „fulminante“ Resonanz, auf einen „Exportschlager Deutsche Ideologie“ wetten.

Literatur:

Agnoli, Johannes und Peter Brückner 1968: Die Transformation der Demokratie. Frankfurt am Main

Backes, Uwe und Eckhard Jesse 1996: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Vierte, völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage. Bonn

Chile. Ein Schwarzbuch 1974: Herausgegeben von Hans-Werner Bartsch u.a.. Köln

Crouch, Colin 2008: Postdemokratie. Bonn (Schriftenreihe der BpB Band 745)

Enzyklopädie des Holocaust 1995: EdH. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. Band III. München, S. 1462 ff. (mehrere Einträge zu Ungarn, auch in anderen Bänden)

Fischer, Fritz 1964: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18. Düsseldorf [zuerst 1961]

Fischer, Fritz 1969: Der Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914. Düsseldorf

Geschichte, Politik und Gesellschaft I 1996: Geschichte, Politik und Gesellschaft I. Lern- und Arbeitsbuch für Geschichte in der gymnasialen Oberstufe. Band 1: Von der Französischen Revolution bis zum Ende des 2. Weltkrieges. Berlin (Cornelsen)

Gräfe, Karl-Heinz 2004: Von der Asternrevolution zur Räterepublik. Ungarn 1918/19. In: Utopie kreativ Heft 168, S. 885-900

Habermas, Jürgen 1985: Ziviler Ungehorsam – Testfall für den demokratischen Rechtsstaat (zuerst 1983). In: Ders.: Die Neue Unübersichtlichkeit. Frankfurt am Main

Hobsbawm, Eric 1998: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München (englische Originalausgabe: 1994)

Informationen zur politischen Bildung Nr. 279: Europäische Union (Ausgabe 2006)

Joffe, Josef 2014: Neue Rolle der Bundeswehr? Ein bisschen Krieg. Ohne klar definierte Ziele und die notwendigen militärischen Mittel darf es keine deutschen Kampfeinsätze geben. In: Die Zeit, Nr. 6, 30.01.

Jürgens, Ekkehard 1984: Griff nach der Weltmacht, DVZ/die tat Nr. 31, 03.08.1984, S. 19

Kirchheimer, Otto 1976: Artikel 48 und die Wandlungen des Verfassungssystems. Auch ein Beitrag zum Verfassungstag (1930). In: Ders.: Von der Weimarer Republik zum Faschismus. Die Auflösung der demokratischen Rechtsordnung. Frankfurt am Main, S.91 ff.

Klein, Naomi 2009: Die Schockstrategie. Der Aufstieg des Katastrophenkapitalismus. Frankfurt am Main (zuerst 2007 New York und Toronto)

Kronauer, Jörg 2012: In der zweiten Reihe. Analyse. Ökonomisch und politisch hat Paris der Dominanz Berlins wenig entgegenzusetzen. Zum Stand der deutsch-französischen Beziehungen. In: jW, 23.05. 2012, S. 10 f.

Kronauer, Jörg 2014: Europa ist nicht genug. Die deutsch geführte EU geht in die weltpolitische Offensive. Sie begibt sich damit in wachsende Konkurrenz zu den USA. In: jW, 01.02.2014, S. 10 f.

Kühnl, Reinhard 1975: Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten. Köln

Ladurner, Ulrich 2014: Da sollen wir hin? Bevor wieder über einen Militäreinsatz entschieden wird, muss man drei grundlegende Fragen beantworten. Die Zeit, Nr. 5, 23.01.

Lohse, Eckart 2014: Ich Erster Alles! Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, Nr. 5, 02.02.

Losurdo, Domenico 2008: Demokratie oder Bonapartismus. Triumph und Niedergang des allgemeinen Wahlrechts. Köln (zuerst italienisch 1993)

Losurdo, Domenico 2010: Freiheit als Privileg. Eine Gegengeschichte des Liberalismus. Köln

Marcuse, Herbert 1968: Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung (zuerst 1934). In: Ders.: Kultur und Gesellschaft 1, Frankfurt am Main

Marshall, Thomas H. 1992: Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt am Main (zuerst englisch Cambridge 1950)

Marx, Karl 1850: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850. In: MEW Bd. 7, Berlin 1971, S. 9-107

Münkler, Herfried 2012: Die rasenden Politiker. Vom absehbaren Ende der parlamentarischen Demokratie. Der Spiegel Nr. 29, 16. 07.

Münkler, Herfried FAZ vom 24.01.2014: Zeitraffer eines Jahrhunderts. Gespräch mit Andreas Kilb

Münkler, Herfried SZ vom 4.,5.,6. 01.2014: Schuld. Interview mit Joachim Käppner und Christian Mayer

Neebe, Reinhard 1981: Großindustrie, Staat und NSDAP 1930-1933. Paul Silverberg und der Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik. Göttingen

Neebe, Reinhard 1995: Die Republik von Weimar 1918 – 1933. Demokratie ohne Demokraten? Stuttgart u.a. (Tempora. Quellen zur Geschichte und Politik Sekundarstufe II/Kollegstufe)

Neunhöfer, Gisela und Anette Schüttpelz 2002: „Offene“ und „geschlossene“ Transformation: Von peripheren und noch periphereren Kapitalismen in Osteuropa. Prokla 128, S. 377 ff.

Opitz, Reinhard (Hrsg.) 1977: Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945. Köln
Peukert, Detlev J.K. 1987: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne. Frankfurt am Main
Reichsverband der Deutschen Industrie 1929: Aufstieg oder Niedergang? Deutsche Wirtschafts- und Finanzreform 1929. Eine Denkschrift des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie Nr. 49, (02.) Dezember 1929. Berlin
Rosenhaft, Eve 1995: Links gleich rechts? Militante Straßengewalt um 1930. In: Thomas Lindenberger und Alf Lüdtke (Hrsg.): Physische Gewalt. Studien zur Geschichte der Neuzeit. Berlin, S. 238-275 (ausführlicher bereits ihre Dissertation: Beating the Fascists? German Communists and Political Violence 1929-1933, zuerst: Cambrige University Press 1983; 2008 digitalisiert)
Saldern, Adelheid von 1995: Häuserleben. Zur Geschichte städtischen Arbeiterwohnens vom Kaiserreich bis heute. Bonn: Dietz NF
Schuster, Martin 2005: Die SA in der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ in Berlin und Brandenburg 1926-1934. Phil. Diss. TU Berlin
Sokolowsky, Kay 2014: In Stussgewittern. Konkret 1/2014, S. 43
Sösemann, Bernd 14.03.2001: Rissspuren sind nicht zu übersehen. Die Riezler-Tagebücher und die Debatte um die Kriegsschuld 1914: Ein quellenkritischer Blick. FAZ
SPW 2013: Neue Macht – Neue Verantwortung. Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch. Ein Papier der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und des German Marshall Fund oft he United States (GMF). http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/projekt_papiere/DeutAussenSicherhpol_SWP_GMF_2013.pdf
Tugendhat, Ernst 2001: Die Kontroverse um die Menschenrechte (1993). In: Ders.: Aufsätze 1992-2000, S. 27-39
Ullrich Volker 2014: Nun schlittern sie wieder. Mit Clark gegen Fischer: Deutschlands Konservative sehen Kaiser und Reich in der Kriegsschuldfrage endlich rehabilitiert. Die Zeit Nr. 4, 16.01.2014
Ullrich, Volker 2013: Zündschnur und Pulverfass.[Rezension zu Clark] Die Zeit Nr. 38, 17.09.2013
Urban, Hans-Jürgen 2011: Stabilitätsgewinn durch Demokratieverzicht? Europas Weg in den Autoritarismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 7, S. 77-88
Wehr, Andreas 2011: Griechenland, die Krise und der Euro. Aktualisierte und ergänzte Neuauflage, Köln
Wehr, Andreas 2012: Die europäische Union. Köln
Winkler, Heinrich August 1990: Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933. Bonn
Winkler, Heinrich August 2000: Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik. Bonn (= Der Lange Weg nach Westen, Band 1. München)

Anmerkungen:

1 Wenn man gleichzeitig auf denselben Punkt zuschlittert, kracht es. Hingegen ist – laut Wikipedia – aggressives Verhalten beim Schlafwandeln sehr selten, und wenn man meint, es beobachtet zu haben, liegt meist eine Verwechslung mit einer REM-Schlaf-Verhaltensstörung vor. „Die meisten Schlafwandler kehren selbständig wieder in ihr Bett zurück und schlafen weiter“ (Wikipedia) – leider nicht die Clark’schen im August 1914.

[2] Hingegen bestreitet Clark die Notwendigkeit, „eine Rangordnung der Staaten nach ihrem jeweiligen Anteil an der Verantwortung für den Kriegsausbruch aufzustellen“ (Clark 2013, S. 715).

[3] Das Septemberprogramm Bethmann Hollwegs, das Kriegszielprogramm der Reichsregierung, stellt die „Frage der kolonialen Erwerbungen“ im Blick auf machttechnische Details zurück, hebt unter diesen Zielen aber die „Schaffung eines zusammenhängenden mittelafrikanischen Zentralreichs“ als vorrangiges Ziel hervor (zit. bei Fischer 1964 [1961], 118). Dieses Kolonialreich wäre aus bis dahin französischen, belgischen und portugiesischen Kolonien entstanden (s. ebd, S. 115 f.).

[4] Für Clark ist der Erste Weltkrieg explizit „nicht die Konsequenz einer langfristigen Verschlechterung der Beziehungen“, sondern die Konsequenz „kurzfristiger Erschütterungen des internationalen Systems“ (2013, S. 19). Das ist die Auflösung von Geschichte in Ereignisse. Das Attentat von Sarajevo sei nicht als Auslöser oder Vorwand für den Krieg zu bewerten, sondern es sei, wie 2001 die Anschläge auf das World Trade Center, das „einzige, symbolträchtige Ereignis“, das „die Politik unwiderruflich verändern kann“ (ebd., S. 16).

[5] Entgegen seiner Nivellierungsthese (keine Rangordnung der Verantwortung, s. Fußnote 2) stelle Clark – so Ullrich – Frankreich und Russland als die am stärksten zum Krieg treibenden Mächte hin. Nicht der Blankoscheck, sondern die russische Generalmobilmachung sei für Clark die „entscheidende Eskalationsstufe" gewesen. „Etwas böse zugespitzt ließe sich sagen, dass der britische Historiker zum letzten Opfer der raffiniert eingefädelten Strategie des deutschen Reichskanzlers geworden ist, das Zarenreich ‚rücksichtslos unter allen Umständen ins Unrecht' zu setzen, wie es Bethmann Hollweg in einem Telegramm an Wilhelm II. vom 26. Juli gefordert hatte." (Ullrich 2013)

[6] Die Subsumtion wissenschaftlicher Erkenntnisse unter die Imperative politischer Pragmatik zeigte sich in der Fischer-Debatte nicht nur im Verhalten seiner Gegner: z.B. die Manipulation an Quellen (prominent die doppelte Manipulation des Riezler-Tagebuchs durch den Verfasser selbst und schließlich durch Erdmann; Sösemann FAZ vom 14.03.2011). Schließlich wurde auch der Primat der Geschichtspolitik ins Spiel gebracht, und zwar nicht nur in Beschimpfungen: „nationale Katastrophe" (Schieder) bzw. „Landesverrat" (Schramm), sondern auch – zumindest als bedrohliche Anspielung – ansatzweise expliziert. Ekkehard Jürgens zitierte dazu 1984 Folgendes aus einem Artikel aus der FAZ vom 28. 03.1964, leider ohne Angabe des Verfassers: „Unser gegenwärtiges politisches Dasein legt uns die Verpflichtung auf, über das Wesen des Ersten Weltkrieges mit uns ins reine zu kommen. Denn wenn es so wäre, dass 1914 dasselbe geschah wie 1939, dass nämlich die planvolle Entfesselung eines Weltkrieges durch die Führung des deutschen Diktators stattfand, dann können wir das Buch der deutschen Geschichte endgültig zuschlagen […]." (Zit. bei Jürgens DVZ/die tat Nr. 31, 1984)

[7] Zutreffend stellt Fischer fest, dass Bethmann Hollwegs Septemberprogramm „keine isolierte Konzeption des Kanzlers" war, sondern „Ideen führender Köpfe in Wirtschaft und Politik – und auch der Militärs – des damaligen Deutschlands" bündelte und dass dieses Programm „im Prinzip Grundlage der deutschen Kriegszielpolitik bis zum Ende des Krieges" war, „wenn sich auch je nach der Gesamtlage einzelne Modifikationen ergaben" (Fischer 1964, 119). Dieser Einfluss der ‚führenden Köpfe' der Wirtschaft resultierte nicht aus einem Druck von außen oder gar aus persönlichen Verbindungen, etwa zwischen Bethmann Hollweg und Rathenau. Über Fischer hinausgehend ist darauf hinzuweisen, dass – entgegen Max Webers auf den Parlamentarismus fixierten Vorwurf, das Kaiserreich habe die Bourgeoisie politisch dumm gehalten – Großindustrielle an den Schaltstellen der staatlichen Organisation der Kriegswirtschaft saßen, angefangen von der von Rathenau geleiteten Kriegsrohstoffabteilung im preußischen Kriegsministerium mit ihren Sektionen, den Kriegsrohstoffgesellschaften bis hin zu den Positionen im 1916 gegründeten und von Groener geleiteten Kriegsamt.

[8] Auch hier muss Münkler auf einen Schelmen anderthalbe setzen: Zuerst – wir erinnern uns – bestreitet er, dass die deutsche Führung 1914 politische Kriegsziele hatte. Dann lässt er sich auf eine Frage des Interviewers ein und akzeptiert damit das Bestehen der eben noch verleugneten Kriegsziele. Mit Bezug auf einen mittlerweile etwas verblassten Helden des Revisionismus, Niall Ferguson, bemerkt Andreas Kilb: „Das erinnert seltsam an die Mitteleuropa-Konzepte der deutschen Führung während des Krieges. Wäre dieses ‚Mitteleuropa' wirklich ein Vorläufer der EU gewesen?" Daraufhin versteigt sich Münkler in seiner Antwort zur folgenden Äußerung: „Was die deutsche Debatte während des Krieges betrifft, gibt es zunächst einmal Streit um die Frage, ob man Europa als wirtschaftlichen Großraum unter Verabschiedung aus der Weltwirtschaft neu zentrieren oder ob man den Wiedereintritt in die globale Ökonomie anstreben soll. ‚Mitteleuropa' war eine Alternative zur Globalökonomie der Vorkriegszeit." (FAZ vom 24.01.2014, S. 35) Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Die Weltmarktintegration Deutschlands war vor dem Krieg durch die von dem herrschenden Block von Schwerindustrie und ostelbischem Großgrundbesitz betriebene Zollpolitik gebremst. Die Voraussetzungen dieser Wirtschaftspolitik, schreibt der Staatssekretär des Inneren Clemens von Delbrück vier Tage nach dem Septemberprogramm, hätten sich mit dem Krieg geändert: „[W]ir kämpfen nicht mehr um die Herrschaft auf dem inneren Markt, sondern um die Herrschaft auf dem Weltmarkt, und den übermächtigen Produktionsmöglichkeiten der transatlantischen Welt kann nur ein zollgeeintes Europa mit dem nötigen Nachdruck gegenübertreten; wir sollten Gott danken, dass der Krieg uns den Anlass und die Möglichkeit gibt, ein wirtschaftliches System zu verlassen, das den Höhepunkt seiner Erfolge zu verlassen im Begriff steht." (Zit. bei Fischer 1969, S. 773) Bei Fischer finden sich weitere Quellen von Rathenau und Bethmann Hollweg, die alle um den Gedanken kreisen, dass „die Sicherung der

kontinentalen Stellung Deutschlands Voraussetzung für die Erhaltung und den Ausbau der deutschen Weltstellung“ sei (ebd., S, 759; vgl. auch S. 746 f. Rathenau, 765).

[9] Angesichts Winklers eigener Analyse ist sein Urteil: „Dennoch wäre es richtig gewesen, wenn die SPD die Brücke [des „Brüning-Kompromisses vom 26./27. März] betreten hätte“ (S. 488), genauso wenig plausibel wie seine Rechtfertigung der Tolerierungspolitik der SPD gegenüber der Präsidialregierung Brüning. Einmal war sie ohnehin aufgrund ihrer Zustimmung zum Bau des Panzerkreuzers A, den sie im Wahlkampf bekämpft hatte, bei vielen ihrer Wähler in Misskredit geraten, die dieses Verhalten zu Recht als Wahlbetrug werteten. Die Zustimmung zum „Brüning-Kompromiss“, der der Reichsanstalt Arbeitslosenversicherung erlaubt hätte, Sparmaßnahmen einzuleiten, also das Arbeitslosengeld zu kürzen, und das Offenhalten eines späteren Regierungsbeschlusses, der diese Sparpolitik hätte absegnen können (die Alternativen waren Erhöhung der Beitragssätze oder der indirekten Steuern), hätte die SPD nur weiter bei ihren Wählern diskreditiert. (Die Brüning-Regierung ist dann wenig später alle drei Wege gegangen!) Zum anderen aber macht Winkler doch gerade deutlich, dass selbst die Zustimmung der SPD zu diesen Vorschlägen ihre Entfernung aus der Regierungsverantwortung nicht hätte verhindern können.

[10] Es ist noch nicht einmal klar, ob die Ausstellungsmacher im Verzicht „auf einen radikalen Sozialabbau“ eine Alternative sehen. Ziemlich sibyllinisch heißt es zu Frankreich: „Die von der Volksfrontregierung 1936 durchgeführten sozialen Reformen führten zwar kurzfristig zu einer politischen Befriedung unter der Arbeiterschaft. Im bürgerlichen Lager aber entwickelten sie eine politische Sprengkraft.“ (Waren sie deshalb falsch?)„Erst unter der bürgerlichen Regierung Daladier stabilisierte sich 1938 die Dritte Republik wieder.“

[11] Die von der Weimarer Reichsverfassung in Artikel 161 geforderte Einrichtung u.a. einer Arbeitslosenversicherung erfolgte viel zu spät 1927 und war nur auf maximal 800 000 Empfänger einer „Hauptunterstützung“ aus Beitragsleistungen ausgelegt. Bereits Anfang 1929 gab es aber schon 2,8 Millionen registrierte Arbeitslose. Das Defizit der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung betrug 500 Millionen RM.

[12] Der Vorsitzende des RDI auf der genannten Mitgliederversammlung vom 12. Dezember 1929: „Kompromisse helfen nicht mehr.“ (Zit. bei Neebe 1981, S. 51) Eine immer noch lesenswerte zeitgenössische linkssozialdemokratische Analyse der Auflösung der „bürgerlich-proletarischen Arbeitsgemeinschaft“ auf eine unabsehbare Zeit findet sich bei Otto Kirchheimer 1976 [zuerst 1930], S. 91 ff. Zur Brüchigkeit des Weimarer Gründungskompromisses vgl. Peukert 1987, S. 112 ff.

[13] Brutale Straßengewalt bürgerlicher und großbürgerlicher Männer ist keine Phantasie Stanley Kubricks. Erinnert sei an den Straßenterror der thermidorianischen Jeunesse dorée 1794/95. Auch unter Fußball-Hooligans finden sich Akademiker und höhere Angestellte. Es ist bekannt, dass die Führungspositionen in der SA weitgehend von Angehörigen des Bürgertums und Kleinbürgertums, auf Gau-Ebene auch überproportional von Adligen besetzt wurden.

[14] Selbst in Deutschland gab es solche Momente, selten genug, und nicht nur im insgesamt schwachen antifaschistischen Widerstand. Auf dem Plakat zur Novemberrevolution, das die Namen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht nicht kennt und auch nicht die USPD, heißt es: „Als es im März 1920 zum reaktionären Kapp-Lüttwitz-Putsch kam, konnten sich die Demokraten nur mit Mühe behaupten.“ (P 4) Es war gar nicht so mühevoll: Während die Regierung aus Berlin geflohen war, wurde die Republik durch einen Generalstreik gerettet, zu dem ADGB, SPD, USPD und KPD gemeinsam aufgerufen hatten, und zwar ziemlich schnell und effektiv. Auch das passt natürlich nicht ins präsentierte Geschichtsbild.

[15] Die Ausstellung versteigt sich zur Albernheit, die „Oktoberrevolution“ habe nicht stattgefunden, sondern der Name sei nur die „Verklärung“ eines Staatsstreiches der Bolschewiki (P 3). Die spannende Frage lautet: Wie schafft es eine ‚Putschisten-Clique‘, mit einer kurz vorher von den Deutschen geschlagenen und fragmentierten Armee einer von acht Staaten gestellten und an vier Fronten gleichzeitig vorstoßenden Interventionsstreitmacht von 900 000 Soldaten, verstärkt von gegenrevolutionären Bürgerkriegstruppen im Umfang von ca. 150 000 Kämpfern, in einem über drei Jahre dauernden Krieg zu widerstehen und diesen Krieg zu gewinnen?

[16] Schon das Gerede von einem Gegensatz zwischen individueller Freiheit und Gleichheit vernebelt, worum es geht. Unter der moralischen (bzw. – was hier dasselbe ist: egalitären) Perspektive einer universalen Achtung aller und der gleichen Berücksichtigung der Interessen aller trifft die Kritik allein „das uneingeschränkte Recht auf ungleiches Eigentum, unter gleichzeitiger staatlicher Sicherung dieses Eigentums gegenüber jenen, die keines haben", die Sicherung individueller Freiräume weniger bei gleichzeitigem Übergehen der Interessen vieler bis hin zur effektiven Entrechtung dieser vielen (Tugendhat 2001, S. 33, 32). Tugendhat geht noch einen Schritt weiter: Man müsse dem negativen Freiheitsbegriff, den der Liberalismus allein im Blick habe, den so genannten positiven Freiheitsbegriff entgegensetzen, „dem zufolge jemand nur frei zu etwas ist, wenn er die Fähigkeiten und die Gelegenheit dazu hat" (ebd., s. 33). Die Besitzlosen können „von ihrer negativen Freiheit ohne Gewährleistung von materiellen Voraussetzungen keinen Gebrauch machen" (ebd., S. 34 f.) Es geht also nicht um die vermeintliche Einschränkung der Freiheit durch Gleichheit, sondern um die Freiheit aller! Tugendhat vollzieht damit die kopernikanische Wende nach, die die Sansculotterie und die Arbeiterbewegung den Menschenrechten gegeben haben: Keine Menschenwürde ohne menschenwürdige Lebensverhältnisse! – Tugendhat diskutiert in seinem Aufsatz weiter das Problem, dass seiner Meinung nach auch ein positiver Freiheitsbegriff nicht ausreiche, um die Interessen solcher Menschengruppen zu berücksichtigen, denen nicht nur die Gelegenheit, sondern auch die Fähigkeit zum Selbsterhalt fehle (er nennt Verwahrloste, Kinder, Alte, Behinderte).

[17] Es ist hier nicht der Ort, auf die nicht unkomplizierte Geschichte Ungarns seit 1918 differenziert einzugehen. Für eine erste Orientierung zur Räterepublik vgl. Gräfe 2004.

[18] Siehe als ersten Überblick die Darstellungen in der Enzyklopädie des Holocaust 1995. Bd. III, S. 146 ff.

[19] Um die Verbreitung des Buches von Colin Crouch in Deutschland hat sich die Bundeszentrale für politische Bildung verdient gemacht, als sie es 2008 in ihr Programm aufnahm. Sie könnte ihre Verdienste steigern, erwöge sie, dies auch mit einem Werk zu tun, dessen Zentralbegriff die „Involution" demokratischer Systeme ist: Johannes Agnolis *Transformation der Demokratie* (zuerst Frankfurt am Main 1968).

[20] Portugal, Irland, ggf. Italien, Griechenland, Spanien.

[21] Bislang sind Einwände jedoch zaghaft und schwach. Eckart Lohse macht sich in der FAS über Steinmeier, von der Leyen und Gauck lustig: Disküssiönchen (!), Aufregerthema, Afrikakorps und die Frage an Gauck, die eher nach Anrüffeln der Klassenrüpel durch den genervten Lehrer klingt: „Was soll das?" – das liest sich unterhaltsam, aber der Tenor seines Spottes ist ambivalent: Einmal betont er die Diskrepanz zwischen dem Redeschwall der Politiker und den vergleichsweise geringen Kriegstaten (will er mehr sehen?), zum anderen sagt er, „wir" machen schon genug (FAS Nr. 5, 02.02.2014, S. 10). In der „Zeit" fragt Ulrich Ladurner (allerdings noch vor München) im Blick auf einen militärischen Einsatz in Zentralafrika: „Da sollen wir hin?" und bedient mit zielsicherer Bosheit das bisherige antifranzösische Paradigma des „Auflaufen Lassens": Mali und die Zentralafrikanische Republik seien „ehemalige französische Kolonien. Frankreich hat dort mitunter eine finstere Rolle gespielt. Das müssen die Deutschen bedenken, wenn sie den Franzosen nun beistehen." Denkergebnis könnte natürlich sein, dass das nach einer Rollenumkehr – die Franzosen bilden die Hilfstruppen der Deutschen – ganz anders aussieht. Immerhin bekommt man in solchen Kontexten zu lesen, was die „Leitmedien" ansonsten zurückhalten: „Bei allen militärischen Interventionen der letzten Jahre wurde getrickst, geschönt, übertrieben und gelogen. Im Kosovo etwa redete man von einem Vernichtungsplan, den es nachweislich nicht gab […]. Ob Schröder/Fischer, Merkel/Westerwelle oder Merkel/Steinmeier – keine deutsche Regierung war bei Interventionsfragen offen und ehrlich zu den eigenen Bürgern." (Die Zeit, Nr. 5, 23.01.2014, S.1) – Solche Überlegungen sind auf jeden Fall stringenter als die Anstrengungen der Alpha-Journalisten, Absicht und Analyse unter einen Hut zu bringen. Noch kann man es mit einigem Amüsement lesen, wenn wolkige Argumente aufeinanderprallen und sich in schweren „Stussgewittern" (Kay Sokolowsky) entleeren. Der Atlantiker Joffe z. B. bringt es fertig, in einem Artikel seinen Lesern nahezulegen, dass Westerwelle in der Libyen-Frage Recht hatte, sein „Prinzip" (?) aber heute „nicht mehr durchzuhalten sei", behauptet aber gleichzeitig, Merkel und Westerwelle seien auch 2011 „schlecht beraten" gewesen, obwohl es andererseits auch wieder „der schiere Wahnsinn" sei, „in den nun zerfallenden Staat Libyen" eingreifen zu wollen. (Es war natürlich schon „Wahnsinn", den Zerfall herbeizubomben.) Was denn nun? Einmal meint er, „ein bisschen Schulterschluss mit

unseren entfremdeten französischen Freunden“ reiche bei weitem nicht für den neuen Schritt in die Weltpolitik, dann erfährt man, dass ein wirklicher „Schulterschluss mit Frankreich“ auch nichts bringt. Treffend sieht er den „Kern“ der Frage in den „Mitteln, Interessen und Erfolgsaussichten“ sowie im Kriegswillen der Bevölkerung (bei ihm heißt das – von ihm selbst in die ironischen Anführungszeichen des Eingeweihten gesetzt – „Kultur der Kriegsfähigkeit“), um die entscheidende Frage der Mittel auf die Umschichtung im Bundeshaushalt zugunsten einer Aufrüstung zu reduzieren! Schließlich ‚löst‘ er dieses Problem durch die Proklamation von „Grundsätzen“, die die Existenz des Problems einfach wegdekretieren: „Mit großer Macht kommt große Verantwortung.“ Wie groß diese Macht überhaupt ist, war doch eben noch die Frage. Und auch diese ist noch offen: Wofür und wozu überhaupt? Zum Kriterium „Erfolgsaussichten“ fällt Joffe nämlich auf und ein: „Die Ordnungskriege des 21. Jahrhunderts haben keinen Gewinn abgeworfen.“ Wäre es mit den Deutschen an noch mehr Fronten und noch massiveren Einsätzen etwa anders? Eine Frage, keine Antwort. Schon wieder ein Riss im selbst gesponnenen Netz der Argumentation. Das einzige, was Joffe hier anzubieten hat, und damit dürfte er auf jeden Fall Recht behalten, ist die Prognose, dass ein weiterer Griff der deutschen „Eliten“ nach der Weltmacht „ohne hässliche Konsequenzen“ nicht zu haben sein wird (Die Zeit, Nr. 6, 30. Januar 2014, S. 1), denn der „Gewinn“ der einen führt im Krieg natürlich immer zu „hässlichen Konsequenzen“ für die anderen.